

Inhalt

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2024 in der Rückblende	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	8
Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten	14
Die SVP im Netz	17
III. Tätigkeitsberichte	18
Parteiorgane	18
Geschäftsleitung	18
Parteivorstand	18
Delegiertenversammlungen	19
Fachkommissionen	20
Finanzkommission (FiKo)	20
Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)	21
Bildungskommission (BiK)	22
Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)	23
Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)	25
Sicherheitskommission (SiK)	25
SVP Frauen Kanton Bern	27
JSVP Kanton Bern	27
SVP Senioren Kanton Bern	28
Wahlkreise	30
Cercle électoral Jura bernois	30
Wahlkreis Biel-Seeland	31
Wahlkreis Emmental	32
Wahlkreis Oberraargau	33
Wahlkreis Mittelland Nord	34
Wahlkreis Stadt Bern	36
Wahlkreis Mittelland Süd	37
Wahlkreis Thun	38
Wahlkreis Oberland	39
Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft	40
Obergericht	40
Verwaltungsgericht	41

Generalstaatsanwaltschaft	41
IV. Organisation / Personelles	43
Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	43
Geschäftsleitung (GL)	43
Parteivorstand (PV)	43
Grossratsfraktion	44
Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2024)	44
Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)	44
Mitglieder der Parteileitung	45
Parteisekretariat	45
Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»	45
Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern	45
Unsere Verstorbenen	46
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	47
VI. Die Partei in Zahlen	48

I. Vorwort des Präsidenten



2024 war ein Übergangsjahr: nach den eidgenössischen Wahlen und zwei Jahre vor den kantonalen Wahlen. Wir konnten uns somit auf die weitere Optimierung der internen Organisation sowie auf die politischen Geschäfte in den Räten und die Abstimmungen konzentrieren.

In der Geschäftsleitung gab es zwei Wechsel: Im Laufe des Jahres trat der langjährige Vizepräsident und Plakatchef Christoph Peter zurück. Seine Arbeit wurde an der Delegiertenversammlung gewürdigt und ich möchte ihm auch an dieser Stelle noch einmal herzlich für sein grosses Engagement danken. Die Aufgabe als Vizepräsidentin übernimmt nun Grossrätin Nadja Günthör. Als Plakatchef wirkt aktuell Klaus Reinmann, aber die Suche nach einem kantonalen Plakatchef läuft. Haben Sie Lust? Wir freuen uns auf Meldungen!

Der zweite Rücktritt in der Geschäftsleitung betrifft das Präsidium der SVP Frauen. Alt Grossrätin Christine Gerber hat dieses Präsidium aus beruflichen Gründen per Ende Jahr abgegeben. Auch ihr Schaffen wurde gebührend im Kreis der Partei gewürdigt und ich möchte ihr auch hier noch einmal herzlich danken für ihre Arbeit! Die SVP Frauen konstituieren sich selber, so ist es an deren Vorstand, die Nachfolgerin zu bestimmen.

Bei den Abstimmungen hat die Linke leider in diesem Jahr einige Erfolge verzeichnet: Ablehnung des Autobahnausbaus und der Mietrechtsvorlagen oder Annahme der 13. AHV-Rente. Immerhin konnte die extreme Biodiversitätsinitiative deutlich verworfen werden. Schliesslich wurde auch ein historischer Übergang besiegelt: Am 24. September stimmte die Berner Stimmbevölkerung dem Konkordat für den Wechsel der Gemeinde Moutier in den Kanton Jura zu. Die SVP Kanton Bern hat mit der Nein Parole ein klares Zeichen für die territoriale Integrität des Kantons Bern gesetzt. Allen, die sich in Abstimmungskämpfen engagiert haben, sei herzlich gedankt.

Der Machtwechsel in den USA wird auch für die Schweiz Konsequenzen mit sich bringen, und zwar tendenziell positive. Eine Zeitenwende scheint sich anzubahnen: weniger Einmischung der USA in anderen Ländern, mehr Respekt vor Souveränität und Freiheit, Verzicht auf unnötige Staatsausgaben und Woke-Vorschriften. Dies dürfte auch für unsere kantonalen Wahlen 2026 richtungsweisend sein.

Die Vorbereitungen sind in Gang. Unser Ziel: zwei SVP Sitze und eine bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat sichern und mehr SVP-Sitze im Grossen Rat erreichen. Es erwartet uns viel Arbeit! Die kantonale Wahlleitung wurde eingesetzt und viele Wahlkreise sind bereits organisiert.

Abschliessend möchte ich der gesamten Geschäftsleitung und allen anderen Organen der Partei für die wertvolle Arbeit in diesem Jahr danken.

Manfred Bühler, Nationalrat und Parteipräsident, Cortébert

II. Das Jahr 2024 in der Rückblende

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

3. März 2024

Eidgenössisch

Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'884'096	1'350'325	58.3	41.7
Kanton Bern	241'979	187'790	56.3	43.7
Stimmbeteiligung: 58.36% (CH), 57.81% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: JA	

Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	808'578	2'393'930	25.2	74.8
Kanton Bern	106'077	320'886	24.8	75.2
Stimmbeteiligung: 58.13% (CH), 57.81% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Kantonal

Änderung der Kantonsverfassung (Einführung dringliche Gesetzgebung)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	300'393	98'156	75.4	24.6
Stimmbeteiligung: 30.4%				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: JA	

9. Juni 2024

Eidgenössisch

Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'117'095	1'391'645	44.5	55.5
Kanton Bern	155'303	177'197	46.7	53.3
Stimmbeteiligung: 45.45% (CH), 44.97% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	972'386	1'563'769	37.2	62.8
Kanton Bern	132'289	197'927	40.1	59.9
Stimmbeteiligung: 42.40% (CH), 44.97% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	655'106	1'838'740	26.3	73.7
Kanton Bern	85'000	247'011	25.6	74.4
Stimmbeteiligung: 45.37% (CH), 44.97% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'717'607	781'811	68.7	31.3
Kanton Bern	235'467	96.979	70.8	29.2
Stimmbeteiligung: 45.42% (CH), 44.98% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: JA	

22. September 2024

Eidgenössisch

Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	926'159	1'579'316	36.97	63.03
Kanton Bern	132'305	213'524	38.26	61.74
Stimmbeteiligung: 45.19% (CH), 46.53% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	810'777	1'655'316	32.88	67.12
Kanton Bern	104'405	234'487	30.81	69.19
Stimmbeteiligung: 45.04% (CH), 46.53% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Kantonal

Änderung der Kantonsverfassung (Kantonswechsel der Gemeinde Moutier: Aufhebung der Amtsbezirke)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	264'717	40'600	86.7	13.3
Stimmbeteiligung: 42.6%				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: JA	

Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Moutier zum Kanton Jura

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	253'159	51'104	83.2	16.8
Stimmbeteiligung: 42.6%				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: JA	

24. November 2024

Eidgenössisch

Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'181'557	1'316'500	47.30	52.70
Kanton Bern	145'384	192'927	42.97	57.03
Stimmbeteiligung: 45.05% (CH), 45.54% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'196'640	1'274'814	48.42	51.58
Kanton Bern	156'599	178'015	46.80	53.20
Stimmbeteiligung: 44.89% (CH), 45.54% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'141'741	1'331'128	46.17	53.83
Kanton Bern	150'589	184'186	44.98	55.02
Stimmbeteiligung: 44.90% (CH), 45.54% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'302'528	1'140'791	53.31	46.69
Kanton Bern	176'154	154'013	53.35	46.65
Stimmbeteiligung: 44.87% (CH), 45.54% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Aus der Grossratsfraktion



Das Jahr 2024 war allgemein ruhiger als das Vorjahr, welches stark von den eidgenössischen Wahlen geprägt gewesen war. Die gute bürgerliche Zusammenarbeit konnte fortgeführt werden, womit die Bürgerlichen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ihren Anliegen trotz der knappen Mehrheiten zum Durchbruch verhelfen konnten. Es gilt aber nach wie vor, dass selbst wenige Absenzen dazu führen können, dass Entscheide nicht im Sinne der SVP ausfallen. Dies

umso mehr, als dass sowohl das Grossratspräsidium wie auch das erste Vizepräsidium in linksgrüner Hand sind und Stichentscheide entsprechend gefällt werden.

Frühlingsession

Personelles

Zum neuen Regionalrichter gewählt wurde der SVP-Kandidat Dominik Ruch. Bei den Oberrichterwahlen zog der SVP-Kandidat Manuel Blaser seine Kandidatur zugunsten der Kandidatin der Grünen zurück, obwohl er ebenfalls als sehr geeignet qualifiziert war. Die SVP hatte anders als die Grünen keinen Proporzanspruch und bewies ihre konsequente Haltung, wonach bei gleicher Eignung der Parteienproporz zum Tragen kommen sollte.

Als neues Finanzkommissionsmitglied gewählt wurde Anne Speiser, als neues GSoK-Mitglied Martin Lerch und als GSoK-Ersatzmitglied Maxime Ochsenbein. Diese Wahlen waren unproblematisch. Dies gilt jedoch nicht für die Ersatzwahl in die Justizkommission: Aufgrund von unwürdigen Hinterzimmer-Absprachen wurde der offizielle SVP-Kandidat Nils Fiechter nicht gewählt. Am meisten Stimmen im ersten Wahlgang erhielt Maxime Ochsenbein, obwohl am Mikrofon klargemacht wurde, dass er eine allfällige Wahl nicht annehmen würde. Aufgrund dieser Vorkommnisse entschied sich die SVP, ihren Kandidaten zurückzuziehen und stattdessen Verena Aebischer vorzuschlagen, welche im zweiten, eine Woche später stattfindenden Wahlgang gewählt wurde. Verena Aebischer trat aufgrund dieser Wahl aus der SAK zurück und Nils Fiechter wurde als neues SAK-Mitglied gewählt.

Sachgeschäfte

Ein Hauptgeschäft war die erste Lesung zum Grossratsbeschluss betreffend die Gesetzesinitiative «Berner Solar-Initiative» und den Gegenvorschlag. Zu reden gab insbesondere der Nichteintretensantrag der BaK zu ihrem eigenen Gegenvorschlag, dem die SVP wie auch der Grosse Rat zustimmten. Mit dem Nichteintretensantrag sowie Rückweisungsanträgen wurde der Weg frei für einen moderaten Gegenvorschlag, den die Kommission für die zweite Lesung erarbeiten muss. Gerade bei diesem heiklen Geschäft war eine funktionierende bürgerliche Zusammenarbeit von grösster Wichtigkeit. Viel zu diskutieren gab das Detailkonzept zur Änderung der Rechtsform des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamts SVSA. Im Sinne der SVP wurden sämtliche Rückweisungsanträge angenommen inkl. dreier Anträge der SVP, die sicherstellen sollten, dass die dezentrale Versorgung mit den Angeboten der SVSA sowie die Wahlfreiheit betreffend Prüfungsorte gewährleistet sind. Das Detailkonzept muss somit nachgebessert

werden. Vollumfänglich gemäss dem Willen der SVP fielen die Entscheide zum Gemeindefusionsgesetz aus, dies insbesondere, weil die Freiwilligkeit von Fusionen nach wie vor gewährleistet ist. Von hoher staatspolitischer Bedeutung war der Grossratsbeschluss zum Konkordat über den Kantonswechsel der Gemeinde Moutier. Der grösste Teil der Fraktion enthielt sich der Stimme oder lehnte das Konkordat ab, da der Weggang von Moutier ein bedauerliches weiteres Kapitel der Jurafrage darstellt. Ebenfalls zentral war die Steuerstrategie des Kantons Bern, sämtliche Entscheide fielen im Sinne der SVP aus. So konnten insbesondere Anträge von links abgelehnt werden, die die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf einen weiteren Personenkreis oder gar den Verzicht auf Steuersenkungen vorsahen.

Vieldiskutiert und schliesslich als Postulat überwiesen wurde die Motion «Freiwillige Kirchensteuer für juristische Personen». Angenommen und knapp auch nicht abgeschrieben wurde eine Motion, welche die Untersuchung einer eigentlichen Medienkampagne von Tamedia forderte. Die Motion bezog sich auf die vorverurteilende Berichterstattung zur Anhaltung eines unter Drogen stehenden Marokkaners, der sich massiv gegen die Polizeikräfte wehrte. Eine überflüssige Motion der SP-Fraktion, welche zusätzliche gesetzliche Bestimmungen für die Bekämpfung der angeblich vorhandenen Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern forderte, wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde eine weitere «originelle» Motion aus den Reihen der SP, welche einen arbeitsfreien 8. März für Frauen verlangte, solange die Lohnungleichheit nicht erreicht ist.

Sommersession

Personelles

Als zweiter Grossratsvizepräsident gewählt wurde Raphael Lanz. Als JuKo-Mitglied und damit als Nachfolger von Christine Gerber gewählt wurde Ruedi Fischer.

Zum Regionalrichter französischer Muttersprache gewählt wurde Timothy Aubry-Geiser.

Sachgeschäfte

Zu diskutieren gab der Geschäftsbericht und dabei insbesondere der Antrag der Regierung, auf die Kompensation des Finanzierungsfehlbetrags zu verzichten, was die Schuldenbremse der Investitionsrechnung grundsätzlich verletzt. Die Finanzkommission und schliesslich auch der Grosse Rat lehnten dies ab und bestand somit auf der Kompensation des Fehlbetrags in den kommenden Jahren. Die zweite Lesung des Gemeindefusionsgesetzes verlief ohne Überraschungen oder Kontroversen. Der Bericht zur Übersicht und Überprüfung der Fachkommissionen gab hingegen mehr Gesprächsstoff, die Entscheide entsprachen aber vollumfänglich dem Willen der SVP-Fraktion. Vieldiskutiert war dagegen die Beratung des Controllingberichts Abbau, Deponie und Transporte ADT, wobei sämtliche Entscheide im Sinne der SVP ausfielen. Ebenfalls Publizität erhielten zwei Kredite für die UEFA Women's EURO 2025, dem die Fraktion mit fünf Gegenstimmen zustimmte. Ein weiterer Kredit von hoher Tragweite betraf die Liquiditätssicherung der Listenspitäler, die Beschlussfassung entsprach dem Willen der

SVP. Ebenfalls angenommen wurden schliesslich zwei Kredite für den Neubau der JVA und des Regionalgefängnisses bzw. für Ersatzneubauten in Witzwil. Bedeutsam war die Annahme der SVP-Fraktionsmotion «Guthaben auf Bezahlkarten statt Bargeld für Asylsuchende und Abgewiesene». Angenommen wurde eine Motion aus den Reihen der SVP, welche die Beibehaltung der Bargeldfunktion bei den BLS-Billettautomaten verlangte. Gegen den Willen der SVP angenommen wurde eine Motion aus den Reihen der SP mit der Forderung, dass vorläufig Aufgenommene in den Genuss von Ausbildungsbeiträgen wie Stipendien kommen. Die SVP äusserte sich gegen diesen Vorstoss, da es sich dabei um Personen handelt, die die Flüchtlingeigenschaften gemäss Genfer Flüchtlingskonvention nicht erfüllen, sprich um Wirtschaftsmigranten. Sie warnte vergeblich vor der Signalwirkung, wenn eigentlich ausreisepflichtige Menschen noch mit Stipendien unterstützt werden. Abgelehnt wurde schliesslich eine weitere Motion aus den Reihen der SP, die ein Bewilligungsverbot für Traktor-Pulling-Veranstaltungen forderte.

Herbstsession

Sachgeschäfte

In der Session wurden gleich mehrere «heisse Eisen» diskutiert. Dies gilt etwa für die zweite Lesung des Grossratsbeschlusses betreffend die Gesetzesinitiative «Berner Solar-Initiative» und den Gegenvorschlag; die Entscheide fielen im Sinne der SVP und der Bürgerlichen aus, was zu teilweise gehässigen Reaktionen der Ratslinken führte. Ein weiteres, kontrovers diskutiertes Geschäft war das Gesetz über die politischen Rechte PRG (Transparenz bei der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen). Aufgrund der grossen Anzahl immer neuer Anträge wurde entschieden, das Gesetz ganz am Ende der Session zu beraten. Die vielen Anträge zeigen, wie unausgegoren und letztlich sinnlos dieses Gesetz ist, welches unnötigerweise neue Bürokratie schafft und zudem leicht umgangen werden kann, weshalb nur eine Scheintransparenz erzeugt wird. Die SVP beantragte Nichteintreten, war damit aber erfolglos. Sie reichte deshalb Anträge ein, um das Gesetz wenigstens so weit wie möglich nachzubessern. Diese Anträge wurden aber ebenfalls nur von der EDU (und in einem Fall teilweise von der FDP und der Mitte) unterstützt. Zumindest konnte noch eine «Sunset-Klausel» eingeführt werden, sodass das Gesetz ausläuft, wenn es sich als untauglich erweist. Zu einigen Diskussionen führten die Berichte der Landeskirchen betreffend die Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die SVP beantragte vergeblich, dass der Regierungsrat die Landeskirchen dazu auffordern sollte, sich politisch neutral zu verhalten und insbesondere keine Abstimmungs- oder Wahlempfehlungen öffentlich kundzutun. Die wichtigsten Entscheide bei der Beratung des Gesetzes über die Beteiligung des Kantons an der BLS AG und an der BLS Netz AG fielen im Sinne der SVP aus. So wurden etwa SVP-Rückweisungsanträge angenommen, welche zu einer Überprüfung der im Gesetz festgehaltenen Bandbreiten der Höhe der Beteiligungen führen. Auch konnten Anträge der SP abgelehnt werden, die gewerkschaftliche Forderungen im Gesetz verankert hätten. Sämtliche Entscheide zum Bevölkerungsschutzgesetz und zum Zivilschutzgesetz fielen im Sinne der SVP aus. Am meisten diskutiert wurde die Neuerung im KBSG, dass künftig Frauen sowie im Kanton Bern wohnhafte Ausländerinnen und

Ausländer im Alter von 23 an einer obligatorischen Informationsveranstaltung teilnehmen sollen, wobei ein «Schwänzen» mit bis zu sFr. 600.- gebüsst werden kann. Damit sollte den Bestandesproblemen von Armee, Zivilschutz und ähnlichen Organisationen entgegengewirkt werden. Die Ratslinke inkl. glp war dagegen, die letztlich erfolgreiche bürgerliche Seite inkl. EVP hingegen dafür, insbesondere auch, weil viele Junge nicht wissen, wie das schweizerische Sicherheitssystem überhaupt funktioniert, und weil ein solcher Infotag auch eine Integrationswirkung hat. Die Beschlüsse der Beratung des Berichts zum Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich fielen vollumfänglich im Sinne der SVP aus. Aufgrund der überwiesenen Planungserklärungen muss der Regierungsrat das FILAG anpassen, sodass neu auch Burgdorf und Langenthal eine Abgeltung der Zentrumslasten erhalten. In einer (weiteren) Anpassung des FILAG soll ein Paradigmenwechsel erfolgen, sodass nicht mehr der Ort einer Leistungserbringung massgebend ist, sondern die Leistung an sich. Vieldiskutiert war der Kredit für Gefängniscontainer, der schliesslich gegen den Willen der SVP mit Stichtentscheid der Grossratspräsidentin abgelehnt wurde. Der Kredit war in der SVP zwar nicht beliebt, da sich viele an den hohen Kosten störten, die letztlich aufgrund einer IT-Panne entstanden waren. Dennoch überwog die Haltung, dass es auch nicht angehen kann, dass über 1000 säumige Zahler straffrei ausgehen, die ihre in eine Kurzstrafe umgewandelte Busse wegen fehlendem Haftraum nicht absitzen können.

Als Prüfauftrag angenommen wurde nach mehreren Anläufen die Forderung, die Amtszeitbeschränkung in Kommissionen immerhin auf 12 Jahre anzuheben. Dies sollte das derzeit bestehende Ungleichgewicht zwischen Grossratsmitgliedern und Verwaltung etwas ausgleichen. In allen 5 Punkten angenommen wurde eine Motion aus den Reihen der SVP, welche sich gegen das Ansinnen der Direktion Allemann (SP) wehrte, mit dem Sachplan Seeverkehr sowie der Ausweitung bestehender Naturschutzgebiete weitere Nutzungsverbote und -einschränkungen von Gewässern und Uferbereichen einzuführen. Das Recht auf freien Seezugang soll mit dieser Motion gesichert werden. Wie wichtig dies ist, zeigt die Schliessung des Campingplatzes Gampelen, welche gegen den Willen der Bevölkerung und des Grossen Rates dennoch durchgesetzt wurde. Nachdem der Kanton Bern informiert hatte, dass die JVA Witzwil dem kantonalen Amt für Grundstücke und Gebäude 385 ha Landwirtschaftsland zur Verpachtung zurückgeben wird, wurde von der SVP eine Motion eingereicht und schliesslich überwiesen, sodass das Landwirtschaftsland im Sinne der Ernährungssicherheit auch weiterhin landwirtschaftlich genutzt wird, die aktuelle Fruchtfolgefäche nicht reduziert oder zweckentfremdet wird und die wertvollen ökologischen Flächen qualitativ und quantitativ erhalten bleiben. Zudem wird eine Verpachtung an ausserkantonale Landwirtschaftsbetriebe ausgeschlossen, damit das Steuersubstrat im Kanton Bern verbleibt. Gegen den Willen der SVP wurde dagegen eine Motion angenommen, die ein Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene ermöglichen soll. Die Motion wurde überweisen, weil die anderen bürgerlichen Parteien nicht geschlossen dagegen stimmten und sogar der eigentlich bürgerliche Regierungsrat ein Ja empfahl. Nun muss eine Vorlage ausgearbeitet werden, wonach Gemeinden selbst bestimmen können, ob sie Ausländern und weiteren Personen (z.B. auch 16- und 17jährigen) bei kommunalen Abstimmungen das Stimm- und Wahlrecht

geben wollen. Das Stimmrecht ab 16 Jahren und für Ausländer wurde bislang vom Volk stets abgelehnt und es ist falsch, es nun mit dieser Motion durch die Hintertür einführen zu wollen. Zudem handelt es sich um eine Salamitaktik, da in einigen Jahren mit Sicherheit die Forderung folgen wird, nun müsse das Stimmrecht kantonsweit angepasst, sprich ausgedehnt werden, da man positive Erfahrungen gemacht habe und es nicht sein könne, dass es vom Wohnort abhängt, ob man abstimmen kann oder nicht. Leider abgelehnt wurde der zweite Punkt der SVP-Fraktionsmotion «Demokratischen Austausch fördern – Ausgrenzung unterbinden». Dieser forderte, dass der Regierungsrat aktiv wird, um Besetzungen, Bestreikungen u. ä. von kantonalen Bildungseinrichtungen sofort aufzulösen, keine politischen Transparente, Flyer etc. auf dem Gelände der Bildungseinrichtungen mehr zu tolerieren sowie die Leitungen der kommunalen Volksschulen daran zu erinnern, dass der Unterricht gemäss Kantonsverfassung politisch neutral zu erfolgen hat.

Wintersession

Sachgeschäfte

Ein Geschäft mit Seltenheitswert war der Grossratsentscheid zum Gesuch der Staatsanwaltschaft um Ermächtigung zur Strafverfolgung: Gegen Regierungsrat Schnegg war im Sommer Strafanzeige eingereicht worden, da er sich in einem Interview angeblich diskriminierend geäussert habe gegenüber Roma. Tatsächlich zeigte er lediglich Fakten auf, nämlich dass der Schutzstatus S auch von nicht direkt vom Krieg in der Ukraine betroffenen Personen beantragt wird. Als Beispiel nannte er Roma mit gefälschten Papieren. Sämtliche Parteien ausser der SP und den Grünen lehnten das Gesuch der Staatsanwaltschaft ab, sodass dieses schliesslich mit 108 zu 28 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt wurde. Ein deutliches Zeichen für die Meinungsäusserungsfreiheit.

Wie üblich war die Budgetdebatte lange, intensiv und kontrovers. Die Beschlüsse fielen in den wichtigsten Punkten im Sinne der SVP aus. Erfolgreich waren die Bürgerlichen insbesondere in der Steuerpolitik. Die SP-Fraktion hatte beantragt, auf die budgetierte Steuersenkung für natürliche Personen zu verzichten, was von der SVP, der FDP, der glp, der Mitte und der EDU geschlossen abgelehnt wurde. Die SP ging sogar noch weiter und wollte bereits beschlossene Steuersenkungen für juristische Personen rückgängig machen, was dank der guten bürgerlichen Zusammenarbeit ebenfalls verhindert werden konnte. Angenommen wurde schliesslich der Antrag der bürgerlichen FiKo-Mehrheit für Steuerentlastungen für natürliche Personen, womit sich der Kanton Bern steuerlich in Richtung Mittelfeld der Kantone bewegen wird. Auch die meisten Entscheide betreffend gesamtstaatliche Priorisierung des Investitionsbedarfs entsprachen dem Willen der SVP. So wurde die zulässige Neuverschuldung aufgrund des Investitionsmehrbedarfs auf 500 Mio. festgesetzt und eine Planungserklärung der Grünen, welche forderte, auf eine Begrenzung der Neuverschuldung zu verzichten, wurde abgelehnt. Auch muss eine weitere Investitionspriorisierung erfolgen. Auf den umstrittenen und teuren Umzug der Technischen Fachschule Bern («Lädere») wird verzichtet und das Projekt Justiz- und Polizeizentrum Reconvilier wird um 10 Jahre verschoben. Ferner wurde beschlossen, dass der Kanton weder direkte noch indirekte Beiträge an die Sanierung der Berner Tramlinie 6 zwischen

Effingerstrasse und Fischermätteli leisten wird. In zweiter Lesung beraten wurde das Gesetz über die politischen Rechte PRG (Transparenz bei der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen). Die SVP-Fraktion versuchte, den bereits vorliegenden Schaden möglichst zu begrenzen, was nur in Teilen gelang. In der Folge lehnte die SVP das Gesetz in der Schlussabstimmung ab. Da die Mehrheit der Mitte-Fraktion sowie drei Mitglieder der FDP mit der linken Ratshälfte stimmten, wurde das Gesetz jedoch angenommen.

Staatspolitisch wichtig und erfolgreich war die SVP-Motion «Fachwissen nutzen – Polizistinnen und Polizisten den Zugang zum Grossrat ermöglichen». Sie setzt den Gesetzgebungsprozess in Gang, damit Polizeiangehörige im Grossen Rat vertreten sein dürfen, wie dies der Lehrerschaft schon lange erlaubt ist. Ebenfalls überwiesen wurde die SVP-Motion «Die Förderung von Spontanhalten von ausländischen Fahrenden via Hintertür des Richtplans ist sofort zu stoppen!». Sie forderte erstens den Verzicht auf eine Richtplananpassung, wonach Kanton und Gemeinden die Möglichkeit und Akzeptanz von Spontanhalten ausländischer Fahrender fördern und diese möglichst tolerieren sollte. Diese Anpassung stellt einen Paradigmenwechsel dar, denn in der Abstimmungsbotschaft zum 3.3-Millionen-Kredits für den Transitplatz Wileroltigen hatte der Regierungsrat argumentiert, dass der Transitplatz helfe, Spontanhalte zu reduzieren. Zweitens wurde gefordert, dass der Regierungsrat den vom Stimmvolk beschlossenen Weg weiterverfolgen sollte, der einen Transitplatz anstatt Spontanhalten vorsah. Drittens wurde verlangt, dass der Regierungsrat eine Vorlage unterbreiten sollte, falls er eine Abkehr vom bisherigen Weg beabsichtigt, wie dies die Richtplananpassung vermuten lässt. Ebenfalls angenommen wurde die Motion aus den Reihen der SVP, welche ein Moratorium für Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen bis zur Revision des Eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzes verlangt. Abgelehnt wurde die Forderung der Ratslinken nach einem Leistungsvertrag mit dem Verein Haus der Religionen – Dialog der Kulturen und somit einen Beitrag zur Grundfinanzierung der Institution. Damit hätten dem Verein nach der bereits geleisteten Anschubfinanzierung weiterhin Steuergelder zufließen sollen. Im Sinne der SVP ebenfalls abgelehnt wurde die SP-Forderung nach einem kostenlosen ÖV für Kinder und Jugendliche. Auch Vorstösse zur Einführung einer progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuer für direkte Nachkommen ab einem bestimmten Freibetrag sowie zur Einführung der Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen, ungeachtet der Beziehung zwischen Erblasser und Erben, wurden abgelehnt. Chancenlos war dagegen eine Motion aus den Reihen der SVP, welche unter anderem forderte, dass sich der Regierungsrat aktiv dafür einsetzen sollte, dass bei einer Abstimmung über das Rahmenabkommen auch das Ständemehr gilt. Nur die EDU unterstützte die SVP in diesem Punkt, und auch die beiden anderen Forderungen des Vorstosses wurden abgelehnt. Auch die SVP-Motion «Für mehr Transparenz: Ausdrücke wie 'kostenlos', 'unentgeltlich' oder 'gratis' sollen in Gesetzestexten und amtlichen Dokumenten durch 'aus Steuergeldern finanziert' ersetzt werden» war erfolglos.

Barbara Josi, Fraktionspräsidentin, Grossrätin, Wimmis
Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär

Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten

Auf den folgenden Seiten finden Sie kurze Zusammenfassungen der Vernehmlassungsantworten der SVP Kanton Bern von 2024. Die ausführlichen Stellungnahmen im Wortlaut finden Sie online unter www.svp-bern.ch.

Kantonales Zivilschutzgesetz (KZSG), Umgang mit dem Ergebnis der Vernehmlassung: Konsultation zur Kantonalisierung der Ausbildung im Zivilschutz UND Kantonales Bevölkerungsschutzgesetz (KBSG) – neue Bestimmungen für die Einführung einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung (10.01.2024; SID)

Die SVP begrüsst die im KZSG vorgeschlagene Kantonalisierung. Betreffend obligatorische Sicherheitsveranstaltung ist sie der Ansicht, dass diese auf Schweizer Staatsangehörige bezogen sein sollte. Sie warnt vor Doppelspurigkeiten mit dem etablierten Orientierungstag und schlägt vor, diesen für Pflichtige durchzuführen und eine separate Sicherheitsveranstaltung für Freiwillige zu organisieren. In jedem Fall abgelehnt wird eine Einbindung von Ausländern, da dies einerseits dem Gesamtkonzept der Sicherheit in der Schweiz widerspräche und andererseits die sprachlichen Fähigkeiten gerade in Krisensituationen zentral sind.

Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG) betreffend die Transparenz bei der Politikfinanzierung (24.01.2024; STA)

Die SVP lehnt die Gesetzesänderung zur Offenlegung der Politikfinanzierung aus diversen Gründen dezidiert ab. Nicht die Spenden, die ein Politiker erhält, sondern seine geleistete Arbeit ist relevant für den Wahlentscheid der Bevölkerung. Die Abstimmungsprotokolle etwa bieten diesbezüglich genügend Möglichkeiten. Zudem können via soziale Medien undifferenzierte Kampagnen losgetreten werden, wodurch sich potenzielle Sponsoren gezwungen sehen können, auf eine Spende zu verzichten, da sie Boykottaufrufe befürchten müssen, weil sie für die vermeintlich «falsche» Partei oder Person spenden. Weiter ist mit der Offenlegung der Daten ein hoher Mehraufwand zu erwarten. Die SVP schlägt diverse Verbesserungen vor. So wird etwa eine Erhöhung der Offenlegungsgrenzen gefordert und analog Bundesrecht sollten nicht sämtliche Ständeratskandidierenden zur Offenlegung verpflichtet werden, sondern lediglich die gewählten Ständeratsmitglieder. Begrüsst wird der Verzicht auf strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten.

Innovationsförderungsgesetz (IFG) (Änderung) (02.08.2024; WEU)

Die SVP lehnt die Änderung ab, wonach Finanzhilfen für innovative Projekte nicht mehr nur als Anschubfinanzierung, sondern neu auch mit längerfristigen, wiederkehrenden Beiträgen geleistet werden sollen. Sie fordert, die Gesetzesänderung zu stoppen. Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sind eine bessere Standortpolitik, zudem führt Standortförderung mittels wiederkehrender Beiträge zu Wettbewerbsverzerrungen. Auch sollte Standortförderung keine Industriepolitik betreiben, indem sie bestimmte «Modebranchen» selektiv unterstützt.

Gesetz über die Enteignung (Änderung) (05.08.2024; DIJ)

Die SVP begrüsst die vorgeschlagene Änderung, welche die Motion Wandfluh «Anpassung der kantonalen Entschädigungsansätze für landwirtschaftliches

Kulturland bei Enteignungen» umgesetzt. Mit der Änderung werden die Entschädigungsansätze an diejenigen auf Bundesebene angepasst, was den Widerstand gegen eine Enteignung tendenziell reduzieren dürfte.

Revision des Naturschutzgesetzes (NSchG) (19.09.2024; WEU)

Die SVP erachtet die vorgeschlagene Revision weder als inhaltlich sinnvoll oder notwendig noch als aufgrund von Vorgaben auf Bundesebene zwingend. Sie lehnt insbesondere weitere Einschränkungen der Eigentumsrechte von Grundeigentümern ab. Die SVP verlangt eine Streichung der entsprechenden Artikel. Ebenfalls zu streichen ist der Artikel, welcher neu eine Verpflichtung der Gemeinden zur Führung von Inventaren über schutzwürdige Gebiete und Objekte von lokaler Bedeutung vorsieht.

Anpassung des kantonalen Sachplans Velowegnetz (23.09.2024; BVD)

Die SVP betont die Wichtigkeit des Ausbaus des Velo- und Mountainbikewegnetzes, da zum einen der Bedarf gegeben ist und zum andern so auch die Strassen entlastet werden. Sie weist aber auch darauf hin, dass der Landbedarf für zusätzliche Velowege auf ein Minimum zu beschränken ist.

Grossratsbeschluss betreffend den Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) – Totalrevision; Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) – Änderung (27.09.2024; BKD)

Die SVP äussert sich besorgt über die Kostensteigerung bei den Beiträgen an die HfH und wirft die Frage auf, ob es effektiv nötig ist, dass der Kanton Bern die jetzige Angebotsbreite finanziert. Ferner regt sie an, das aktuelle Sonderpädagogik-Konzept des Kantons zu überprüfen.

Änderung des Einführungsgesetzes zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (EG ZSJ) und Aufhebung des BRSD (07.10.2024; DIJ)

Die SVP begrüsst die Umsetzung der Forderungen aus der Motion Freudiger «Rahmenbedingungen für die Effizienz in der Justiz optimieren» und die Anpassungen an die von den eidgenössischen Räten beschlossenen Änderungen der Straf- und der Zivilprozessordnung.

Änderungen der Verordnung über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSV) (18.10.2024; DIJ)

Die SVP würdigt, dass in den Bereichen Aufhebung der finanziellen Belastung von nicht unterhaltspflichtigen Personen sowie Eliminierung der Schwelleneffekte Verbesserungen vorgeschlagen werden. Handlungsbedarf sieht sie in den Bereichen bürokratischer Aufwand, Entlastungen bei der Kostenbeteiligung bei Schulübernachtungen und schädlicher Überbezug stationärer Massnahmen. Zum letzt-erwähnten Bereich wird ein neuer Absatz vorgeschlagen. Ein weiterer Absatz wird beantragt, damit zusammenlebende Eltern gegenüber getrenntlebenden Eltern betreffend Freibetrag der Kostenbeteiligung nicht schlechter gestellt werden.

Sozialhilfegesetz (SHG) (18.10.2024; GSI)

Die SVP begrüsst das neue Anreizsystem mit Selbstbehalt für die Gemeinden sowie die Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Kritisiert wird der zuweilen hohe Detaillierungsgrad. Zu einzelnen Artikeln hat die SVP Bemerkungen. So schlägt sie etwa Ergänzungen vor, die der Klarheit dienen. Auch weist sie beispielsweise darauf hin, dass die neugeschaffenen Parallelzuständigkeiten zwischen GSI und Gemeinden klare Abgrenzungen erfordern. Der Systemwechsel bei der Aufsicht über die Sozialdienste wird als problematisch erachtet. Unterstützt wird schliesslich, dass eine Rückerstattungspflicht neu nur noch bei Vermögensanfall und nicht mehr bei steigendem Einkommen besteht, da dies die richtigen Anreize setzt.

Richtplananpassungen 2024 (25.11.2024; DIJ)

Die SVP steht vielen Änderungen positiv gegenüber, betont aber, dass die Gemeindeautonomie bei raumplanerischen Anliegen nicht eingeschränkt werden darf und dass dem Kanton keine zusätzlichen Aufgaben erteilt werden dürfen. Abgelehnt wird die Ausweitung der Pflicht zum Erlass eines kommunalen Richtplans Energie auf weitere Gemeinden und besonders die beabsichtigte Verpflichtung zur Förderung von Spontanhalten der Fahrenden. Auch zu weiteren Massnahmeblättern äussert sich die SVP kritisch.

Teilrevision Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG) (17.12.2024; FIN)

Die SVP begrüsst die Änderungen und dabei insbesondere den neuen Passus, wonach bei zukünftig auszulagernden Organisationseinheiten auch die Rentenbezüger zur neuen Vorsorgestiftung der ausgelagerten Organisation wechseln müssen.

Steuergesetzrevision 2027 (Änderung) (20.12.2024; FIN)

Die SVP äussert sich positiv zu einer Glättung der Steuerprogression für natürliche Personen, mahnt aber, dass diese massvoll sein muss, primär bei den mittleren Einkommen erfolgen sollte und dass mit weiteren Anlagesenkungen nicht zugewartet werden darf, bis die Progressionsglättung in Kraft ist. Zu einzelnen Artikeln hat sie Bemerkungen, so fordert sie etwa, dass der Drittbetreuungsabzug von sFr. 16'000 auf sFr. 12'000 zu senken ist.

Die SVP im Netz

Die SVP Kanton Bern hat in ihrer Kommunikation auch 2024 stark auf den Online-Bereich fokussiert, da eine ständige, aktuelle Online-Präsenz zentral ist. Auch können so SVP-Positionen, welche in der Tagespresse nur verkürzt oder gar nicht wiedergegeben werden, trotzdem der Bevölkerung vermittelt werden. Die aktuelle Hauptplattform für die Kommunikation politischer Inhalte gegenüber der Basis ist zwar immer noch Facebook. Eine gewisse Verschiebung der Follower in Richtung Instagram ist aber spürbar. Dennoch wächst die Anzahl Follower der Facebook-Seite der SVP Kanton Bern www.facebook.com/-SVPUDCKanton-Bern/ weiter und steht neu bei 4'177 (+100). Dazu kommt die ebenfalls hohe Anzahl Follower der Jungen SVP Kanton Bern (2'221). Die SP folgt mit deutlichem Abstand auf Rang zwei mit 2'422 Followern (-16), an dritter Stelle stehen die Grünen, welche sämtliche ihrer 2023 gewonnenen Follower einbüssten (1'474, -18). Es folgen die FDP (1'202, -1) und die glp (806, +6). An letzter Stelle der grösseren Parteien ist die Mitte (636 Follower, +36).

Auf Instagram hat die SVP Kanton Bern www.instagram.com/svpbernstark/ 1450 Follower und erreicht im Schnitt 600 Konten pro Beitrag, davon die Hälfte Nicht-follower. Hier besteht noch Nachholbedarf gegenüber der SP Kanton Bern, die 200 Follower mehr aufweist als die SVP Kanton Bern.

Die SVP Kanton Bern als Partei ist zudem auf LinkedIn präsent. Sie verzichtet aber, anders als die SVP Schweiz, weiterhin auf einen Parteiaccount auf dem Videoportal Tiktok und überlässt das Feld dort den SVP-Exponentinnen und -Exponenten, allen voran Parteipräsident Manfred Bühler. Videos, welche einen immer wichtigeren Bestandteil der Parteipräsenz auf Social Media darstellen, namentlich für die Kommunikation aus dem Grossen Rat, werden in der Regel als Reel auf Instagram und Facebook platziert sowie auf Youtube hochgeladen.

Auf X kommuniziert die SVP Kanton Bern zudem wie bis anhin die Parteiparolen und Medienmitteilungen. Ergänzend zum Newsletter, der via Homepage abonniert werden kann, werden News ausserdem auf dem 2024 eröffneten Whatsapp-Channel verbreitet.



Die Homepage läuft nach wie vor mit der Wordpress-basierten Online-Lösung der SVP Schweiz. Immer mehr Ortssektionen nutzen die Lösung ebenfalls, was für die Nutzerinnen und Nutzer die Übersicht erleichtert. Den Sektionen steht für den Anschluss an die Weblösung und bei technischen Fragen auf dem Parteisekretariat Praktikant Angelo Andres zur Verfügung.

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär

Delegiertenversammlungen

15. Januar 2024 – Delegiertenversammlung Dorfzentrum Belp Aaresaal, Belp

Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- Änderung der Kantonsverfassung (Einführung dringliche Gesetzgebung)

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 3. AHV-Rente)»
- Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»

23. April 2024 – Delegiertenversammlung Messe-Gelände Thun-Expo (Festhalle), Thun

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung Energiegesetz und Stromversorgungsgesetz)
- Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»
- Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»
- Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

Ersatzwahl Revisor: Wahlvorschlag: Wolfgang Schärer, Wohlen b. Bern

Finanzen

- Rechnung 2023
- Budget 2024

Jahresbericht 2023

21. August 2024 – Delegiertenversammlung Hotel Weisses Kreuz, Lyss

Kant. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Änderung der Kantonsverfassung (Kantonswechsel der Gemeinde Moutier: Aufhebung der Amtsbezirke)
- Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Moutier zum Kanton Jura

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»
- Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)

10. Oktober 2024 – Delegiertenversammlung Saalbau Kirchberg, Kirchberg

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen
- Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)
- Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)

Fachkommissionen

Finanzkommission (FiKo)



Das Jahr 2024 war in der Finanzkommission zum einen von einer grossen Arbeitslast und vielen Veränderungen geprägt. Zum anderen aber auch von wichtigen politischen Erfolgen. Beginnen wir zunächst mit den Erfolgen:

Bereits per Anfang 2024 wurde die Steueranlage für juristische Personen um zwei Steueranlagezehntel reduziert (CHF 40 Millionen).

Im Rahmen des Budgetprozesses 2025 wurde dann in der Winter-session die schon lange erhoffte Steuersenkung für natürliche Personen beschlossen. Dank einer sehr guten, intensiven, aber auch anstrengenden Zusammenarbeit unter den bürgerlichen Parteien gelang es, die Steueranlage der natürlichen Personen um einen halben Steueranlagezehntel zu senken (CHF 79 Millionen).

Doch damit es nicht bei einer Steuersenkung bleibt, war es dringend nötig, die enormen Ausgaben für die nächsten Jahre etwas zu beschränken. Denn der Kanton Bern investiert wie noch nie. In den nächsten Jahren sind enorme Investitionen im Umfang von rund 7 Milliarden vorgesehen. Dies insbesondere im Bildungsbereich (Uni, Fachhochschulen etc.), aber auch für viele andere Projekte wie etwa das neue Polizeizentrum und viele weitere. Diese Investitionen werden nicht ohne eine gewisse Neuverschuldung möglich sein. Doch ohne Abstriche hätte eine Neuverschuldung auf über 1 Milliarde gedroht. Der Grosse Rat wollte aber aus guten Gründen diese Neuverschuldung auf maximal 500 Millionen beschränken. Nur so wird es möglich sein, bis 2028 weitere Steuersenkungen für juristische und natürliche Personen folgen zu lassen.

Deshalb hat er den Regierungsrat aufgefordert, eine Verzichtsplanung durchzuführen. Die vorgeschlagenen Streichungsanträge erscheinen uns von der SVP-Finanzkommission sinnvoll und vernünftig, wenn auch teilweise schmerzhaft für einzelne Betroffene oder Regionen. Doch die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates hatte die Kraft, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, und stimmte den meisten Kürzungsanträgen der Finanzkommission zu. Wenn wir nun diesen vernünftigen Kurs weiterverfolgen, sollten wir endlich für unsere Bürgerinnen und Bürger den Weg zu einer erträglicheren Steuerbelastung bahnen können.

Neben diesem wichtigsten Geschäft hatte die Fiko noch viele andere Geschäfte zu behandeln. Dazu gehörten neben der Behandlung in der Kommission auch die Verfassung von zahlreichen Vernehmlassungen zu Handen der Geschäftsleitung der SVP Kanton Bern.

Nun noch kurz zu den personellen Änderungen: Der Unterzeichnende hat auf das neue Jahr die Leitung der SVP-FiKo von Grossrat Raphael Lanz übernommen, der aufgrund einer Amtszeitbeschränkung die Kommission wechseln musste. Im Neuen Jahr erteilte dann auch Daniel Bichsel als langjährigen Präsidenten der grossrätlichen Finanzkommission die Amtszeitbeschränkung. Auf Vorschlag der SVP-Fraktion wählte der Grosse Rat Patrick Freudiger zum neuen Präsidenten der Gesamtkommission. Als neues Kommissionsmitglied wurde Anne Speiser,

Zweisimmen, gewählt und ergänzte unser bisher männerlastiges Gremium mit einer weiblichen Note.

Zusammengefasst: Das Jahr 2024 war sehr intensiv, aber auch sehr erfolgreich. Ich danke allen meinen «Gspänli» Ueli Augstburger, Martin Schlup, Anne Speiser und insbesondere unserem Fiko-Präsidenten Patrick Freudiger für ihren grossartigen Einsatz.

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)



Mit Marc Tobler, Kurt Zimmermann, Korab Rashiti und Hans Schori als Vollmitglieder sowie Anne-Caroline Graber und Walter Schilt als Ersatzmitglieder startete das SAK-Team unter der souveränen Leitung von Verena Aebischer, die gleichzeitig auch als SAK-Vizepräsidentin amtierte, ins erste Drittel des Jahres. Per 1. Mai wechselte Verena Aebischer aufgrund der Amtszeitbeschränkung in die Justizkommission und wurde durch Nils Fiechter ersetzt.

Gleichzeitig wählte die SAK Hans Schori neu zum Vizepräsidenten der SAK und als Nachfolger von Verena Aebischer in die Kommission Abstimmungserläuterungen.

Das Jahr stand ganz im Zeichen von Gesetzesrevisionen. So wurden das Archivgesetz, die notwendigen Gesetzesanpassungen im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel von Moutier zum Kanton Jura, die Totalrevision des Gesetzes über die Gemeindegemeinschaften sowie das Gesetz über die politischen Rechte in den Bereichen neue Transparenzregeln bei Wahlen und Abstimmungen und den französischsprachigen Garantiesitzen im zweisprachigen Wahlkreis Biel-Seeland für die 2 Lesungen im Grossen Rat vorberaten.

Zudem führte die SAK mit der Regierung zwei Zwischendialoge über die Aussenbeziehungen und den jährlichen Dialog über die Richtlinien der Regierungspolitik durch. Weitere Themen, die durch die Kommission vorbereitet wurden, betrafen den Kantonsbeitrag an die Landeskirchen für ihre gesamtgesellschaftlichen Leistungen und das Jurakonkordat.

Die Kommission Abstimmungserläuterungen verfasste für die kantonalen Abstimmungen über das Jurakonkordat, die Änderung der Kantonsverfassung (Aufhebung der Amtsbezirke) und den Entscheid über die Solarinitiative der Grünen mit dem Gegenvorschlag des Grossen Rates das Abstimmungsbüchlein zuhanden des öffentlichen Plenums und der Stimmbevölkerung.

Insgesamt traf sich die SAK zu 10 ordentlichen Sitzungen. Hinzu kamen drei Sessionssitzungen zur Beratung der eingegangenen Anträge zu den Grossratsgeschäften. Hans Schori wurde neu als Kantonsvertreter in den Vorstand der Interkantonalen Legislativkonferenz (ILK) gewählt, Walter Schilt gab das Präsidium der Delegation der Interparlamentarischen Konferenz Nordwestschweiz ab, bleibt aber Mitglied der Berner Delegation.

An dieser Stelle möchte ich allen Kommissionsmitgliedern für ihre gute, engagierte und leidenschaftliche Arbeit herzlich danken. Es war ein spannendes und über weite Strecken auch erfolgreiches Jahr. Entscheidend bei den knappen Abstimmungsverhältnissen sind die zielgerichteten bürgerlichen Vorgespräche. Diese gilt es konsequent weiterzuführen und zu pflegen.

Hans Schori, Grossrat, Wiler b. Seedorf

Bildungskommission (BiK)



Das Jahr 2024 war von bedeutenden Entwicklungen und Herausforderungen im Bildungswesen geprägt. In einer sich stetig wandelnden Gesellschaft sind Anpassungen und Reformen notwendig, um den sich verändernden Anforderungen gerecht zu werden.

Der Lehrkräftemangel und die veränderten Anforderungen an das Bildungssystem bleiben auch 2025 ein zentrales Thema. Die angespannte Personalsituation an den Schulen stellt das Bildungssystem vor immense Herausforderungen, die wir uns nicht länger leisten können. Der wachsende Bedarf an integrativen Unterrichtsansätzen, zusätzlichem Fachpersonal und räumlicher Erweiterung verschärft die Lage. Gleichzeitig zeigt sich eine verstärkte Individualisierung der Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, was neue pädagogische und soziale Kompetenzen von den Lehrkräften erfordert. Diese Anforderungen werden derzeit nicht ausreichend erfüllt und das integrative Unterrichtsmodell ist gescheitert. Daher ist eine Teilreform des Lehrplans 21 notwendig. Der Lehrerberuf muss wieder attraktiver werden und Nachwuchslehrkräfte sind gezielt zu fördern, dies sind entscheidende Massnahmen, um der steigenden Belastung entgegenzuwirken und die Bildungsqualität langfristig zu sichern. Wir sind dran, jedoch gestaltet sich der Prozess schwierig, da gesetzliche Anpassungen erforderlich sind, die nicht einfach umzusetzen sind.

Der allgemeinbildende Unterricht (ABU) besteht aus den Fächern «Sprache und Kommunikation» sowie «Gesellschaft», die im Zeugnis ausgewiesen werden. Im Fach «Sprache und Kommunikation» werden sowohl die Lese-, Hör- und Schreibkompetenzen erweitert als auch die Sprach- und Kommunikationsfähigkeiten gefördert. Das Staatssekretariat für Bildung (SBFI) plant eine Neugestaltung der Bewertung im ABU. Das derzeitige Notensystem, das sich aus der Erfahrungsnote, der Vertiefungsarbeit und der Schlussprüfung zusammensetzt, hat sich bestens bewährt. Besonders die Schlussprüfung in den Fächern Gesellschaft sowie Sprache und Kommunikation fördert die Wiederholung und sichert nachhaltiges Lernen. Sie stellt sicher, dass Lernende ihr Wissen anwenden und festigen können. Trotz dieser Vorteile wird die Abschaffung der Schlussprüfung diskutiert, was gravierende Folgen hätte: Der Anreiz zur Repetition würde entfallen, die Bedeutung des ABU geschwächt und die Vertiefungsarbeit unverhältnismässig aufgewertet. Besonders für weniger schulmotivierte Lernende wäre dies problematisch, da der Leistungsanreiz wegfielen. Obwohl die Entscheidung auf Bundesebene getroffen wird, sehen wir auch die kantonale Ebene in der Pflicht, Position zu beziehen. Deshalb hat das SVP-BiK-Team eine Motion gegen die Abschaffung der ABU-Schlussprüfung eingereicht, die breite Unterstützung über Parteigrenzen hinweg

findet. Wir setzen uns klar für den Erhalt der Schlussprüfung ein und laden alle Interessierten ein, diesen wichtigen Dialog weiterzuführen.

Die zunehmende Schülerzahl stellt die Gemeinden vor grosse Herausforderungen in der Schulraumplanung. Trotz intensiver Bemühungen kommen die Ausbauprojekte nur schleppend voran. Finanzielle Engpässe und begrenzte Ressourcen erschweren die Umsetzung. Besonders problematisch sind die ideologisch motivierten Raumforderungen aus der linken Politik, die den Ausbau unnötig verteuern. Diese kostenintensiven Konzepte lenken von der eigentlichen Aufgabe ab, funktionale und praxisorientierte Lernräume zu schaffen. Die finanzielle Belastung für die Gemeinden wächst dadurch weiter. Das SVP-BiK-Team hat bereits interveniert und konkrete Massnahmen von der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) gefordert, wie etwa eine klare Raumstrategie, die den Fokus auf Nutzen und Wirtschaftlichkeit legt.

Die beschriebenen Entwicklungen verdeutlichen die Vielschichtigkeit der Herausforderungen, mit denen das Bildungswesen im Jahr 2024 konfrontiert ist. Es ist unerlässlich, dass alle Akteure – von der Politik über die Schulleitungen bis hin zu den Lehrkräften und Gemeinden – gemeinsam an nachhaltigen Lösungen arbeiten. Nur durch eine proaktive, zukunftsorientierte Herangehensweise können wir die Qualität unseres Bildungssystems langfristig sichern und den kommenden Generationen optimale Lernbedingungen bieten. Die nächsten Jahre werden entscheidend dafür sein, wie gut wir diesen Wandel gestalten und welche Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Nadja Günthör, Grossrätin, Erlach

Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)



Das Gesundheits- und das Sozialwesen sind in der Schweiz und speziell im Kanton Bern weiterhin stark in Bewegung. Insbesondere stehen die finanziellen Ergebnisse der Spitäler im Fokus, deren Finanzergebnisse (zu) häufig tiefrot ausfielen. Besserung ist leider noch nicht in Aussicht, weshalb wir in der Sommersession zähneknirschend auch einen Rahmenkredit über 100 Millionen für die Liquiditätssicherung der Listenspitäler mittels Darlehen und Bürgschaften unterstützten. Rund die Hälfte dieses Kredits ist, wie schon in unserem Vorjahresbericht angetönt, an die psychiatrische Klinik UPD gegangen, die nach wie vor eine Fusion mit der psychiatrischen Klinik in Münsingen anstrebt.

Häufig zu reden gab im Grossratssaal die Situation des Spitals Zweisimmen. Der neue von der Regierung gewählte Verwaltungsrat des Spitals sts Thun wurde nach dem Rücktritt des (beinahe gesamten) alten Gremiums verpflichtet, eine Erhaltung des Spitals Zweisimmen als stationäre Einrichtung nochmals zu prüfen und möglichst umzusetzen. Dies, nachdem die Übernahme durch einen privaten Anbieter gescheitert ist.

In der Frühlingssession hat die SVP einige Vorstösse unterstützt, die vertiefte Abklärungen wollten und die auch überwiesen wurden. Insbesondere die Abklärung der Behandlungssituation von „Long Covid“ Fällen wurde verlangt. Die

Motion Ruch „Armut im Kanton Bern erfassen und bekämpfen“ hat die SVP, wie auch die Regierung, allerdings bekämpft, sie wurde dann aber relativ knapp als Postulat überwiesen.

Nebst dem bereits erwähnten Liquiditätskredit hat im Sommer die Aufhebung der Fachkommissionen viel zu reden gegeben. Dies insbesondere darum, weil unser Regierungsrat beantragt hatte, praktisch alle Kommissionen im Gesundheitsbereich abzuschaffen. Diverse Planungserklärungen, das zu verhindern, wurden abgelehnt, dagegen war die SVP mit einem Kompromissvorschlag erfolgreich, dass spätestens nach drei Jahren zu überprüfen sei, wie bei abgeschafften Kommissionen das Fachwissen genutzt werden kann, bzw. wird. Zudem wurde die aus unseren Kreisen lancierte Richtlinienmotion „Guthaben auf Bezahlkarten statt Bargeld für Asylsuchende und Abgewiesene“ entgegen dem Willen der Regierung als Motion überwiesen.

In der Herbstsession wurden in zahlreichen Vorstössen zum Gesundheitsbereich Themen wie Gesundheitsprävention, Spitex, Gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) Hausärztesituation, Psychiatrie sowie Familienzentren vorgebracht und zum Teil namhafte Mittel vom Kanton eingefordert. Die SVP versucht bei all diesen Begehren sorgfältig abzuwägen, wie dringlich sie sind, und beim Gewähren von staatlichen Mitteln so zurückhaltend wie möglich zu sein.

Das zentrale Thema in der Winteression fusste auf der Motion Hügli „Selbstdispensation (direkte Medikamentenabgabe in der Arztpraxis) wieder ohne Einschränkungen“. Diese Motion wurde auch aus unseren Kreisen stark unterstützt. Weil im Vorfeld der Behandlung dieser Motion die Überzeugung durchdrang, dass der Vorstoss dem Ziel der besseren Versorgung mit Hausärzten auf dem Land eher zuwiderlaufe und die Ziele der Integrierten Versorgung torpediert würden, hat die Motionärin den Vorstoss zurückgezogen. Dies in der Meinung, dass nun der diesbezügliche Dialog zwischen Ärzten und Apothekern gesucht werden müsse.

Ein weiteres Mal hat es der Rat abgelehnt, Elemente aus der Umsetzung der Pflegeinitiative auf Bundesebene, diesmal ging es um die Spitex, im Kanton Bern vorzuziehen. Dagegen fiel der linke Vorstoss „Genügend Schutzplätze und Anschlusslösungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder“ zu schaffen, in Form einer Richtlinienmotion auch bei der SVP auf offene Ohren.

Im Laufe des Jahres wurde die SVP auch zur Vernehmlassung des Sozialhilfegesetzes gerufen. Obwohl grundsätzlich mit der Stossrichtung von GSI und Regierung einverstanden, gab es im Entwurf doch Punkte, die den Anliegen der SVP zuwiderlaufen. Insbesondere wurden die Gemeinden im Vorfeld ungenügend in die Bearbeitung mit einbezogen. Das äusserte sich dann im Unverständnis bezüglich der vorgeschlagenen Regelung der Aufsicht und des Selbstbehalts für die Gemeinden.

Andreas Michel, Grossrat, Schattenhalb

Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)



Für die in den Nationalrat gewählten Katja Riem und Ernst Wandfluh wurden neu Peter Zumbrunn und der Unterzeichnende in die BaK gewählt. Ich bedanke mich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern herzlich für ihren Einsatz.

Die Mitglieder der SVP-internen BaK treffen sich regelmässig vor den Sitzungen der grossrätlichen BaK, um die Geschäfte vorzubereiten. Im ersten Halbjahr befasste sich die BaK intensiv mit dem Projekt Avenir Berne Romande (ABR), welches durch den Kantonswechsel der Gemeinde Moutier ausgelöst wurde und zum Ziel hat, weiterhin eine bürgernahe Verwaltungsstruktur im Berner Jura zu etablieren. Die BaK befasste sich auch immer wieder mit der unbefriedigenden Situation im AGR und in Bezug auf den Denkmalschutz und wirkte auf zeitnahe und pragmatische Lösungen hin.

Neben den ordentlichen Geschäften waren weitere Schwerpunkte die Solarinitiative sowie die Investitionspriorisierung. Die SVP-Mitglieder setzten sich für eine Ablehnung der Solarinitiative ein. Zusammen mit Verbänden und weiteren bürgerlichen Parteien verabschiedeten sie vorab aus taktischen Gründen einen pragmatischen Gegenvorschlag. Diese Strategie war letztlich erfolgreich und die extreme Solarinitiative wurde von der Bevölkerung abgelehnt. Der pragmatische Gegenvorschlag wurde angenommen. Bei der Investitionspriorisierung stützte die SVP-BAK den Regierungsrat, wobei insbesondere die Rolle unseres Baudirektors Christoph Neuhaus sehr positiv zu würdigen ist. Die SVP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass bei Bauprojekten Mass gehalten wird, Notwendiges von Wünschbarem unterschieden wird und nicht unnötige kostentreibende Ansprüche formuliert werden.

Raphael Lanz, Grossrat, Thun

Sicherheitskommission (SiK)



Gewalt gegen Polizei, Justizvollzug und Investitionen im Fo-

kus: Die Sicherheitskommission hat sich im vergangenen Jahr intensiv mit den drängendsten sicherheitspolitischen Herausforderungen befasst. Es wurde eine breite Palette an Themen behandelt, von zunehmender Gewalt gegen die Polizei über Kapazitätsprobleme im Justizvollzug bis hin zu Investitionen in die Sicherheitsinfrastruktur und Sportförderung. Dabei standen besonders der

Schutz der Einsatzkräfte, die Digitalisierung der Justiz und strategische Finanzentscheidungen im Vordergrund.

Steigende Gewalt gegen Polizei und Eskalationen in der Reitschule: Ein zentrales Thema des Berichtsjahres war die zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte. Besonders besorgniserregend war der Vorfall vor der Berner Reitschule, bei dem Polizisten mit Steinen beworfen und mit Laserpointern attackiert wurden. Elf Beamte wurden verletzt. Polizeikommandant Christian Brenzikofer sprach von einer «gezielten Attacke gegen den Staat». Auch ausserhalb der Reitschule häuften sich Angriffe auf Polizisten – von Bespucken mit Blut bis zu körperlichen

Übergriffen in Biel, Ins und Schwarzenburg. Die Polizei forderte verstärkte politische Unterstützung gegen diese Eskalationen

Engpässe und Reformen im Justizvollzug: Die Situation in den Berner Gefängnissen war ein weiteres dringliches Thema. Die Kommission befasste sich mit dem akuten Platzmangel und den geplanten Erweiterungen in Hindelbank und Witzwil. Die Gesamterneuerung der Justizvollzugsanstalt Hindelbank wurde als prioritär eingestuft, um die Haftbedingungen zu modernisieren. Gleichzeitig sollte ein neuer Sicherheitszaun in Witzwil für eine effizientere Verwaltung der Administrativhaft sorgen.

Ein weiteres Problem waren Ersatzfreiheitsstrafen, für die zunehmend temporäre Containerlösungen diskutiert wurden. Mit einem Budget von 5,5 Millionen Franken sollen so kurzfristig Kapazitäten geschaffen werden. Diese Massnahme stiess in der Kommission auf geteilte Meinungen. Im Grossen Rat stiess die Idee auf keine Gegenliebe.

Polizeiausrüstung und Investitionen in die Sicherheit: Auch die Ausstattung der Kantonspolizei wurde thematisiert. In der Diskussion um die Anschaffung neuer Sturmgewehre stellte sich die Frage, warum keine Schweizer Modelle berücksichtigt wurden. Zudem wurde der Verpflichtungskredit für die Bewachung diplomatischer Vertretungen in Bern beschlossen.

Parallel dazu befasste sich die Kommission mit der Digitalisierung der Strafjustiz. Die interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Informatik in der Justiz (VHIS) wurde als wichtiger Schritt für eine effizientere Zusammenarbeit zwischen Kantonen gewertet.

Sportförderung: UEFA Women's Euro 2025 und neue Multisporthalle: Neben sicherheitspolitischen Themen spielte auch die Sportförderung eine Rolle. Der Neubau der Multisporthallen Bözingenfeld in Biel wurde mit einem Beitrag aus dem Sportfonds unterstützt. Diese Infrastruktur soll sowohl für den Breiten- als auch den Spitzensport genutzt werden. Zudem stand die UEFA Women's Euro 2025 auf der Agenda. Die Kommission diskutierte nachhaltige «Legacy-Projekte», die den Sportstandort Bern über das Turnier hinaus stärken sollen.

Rekrutierungsprobleme bei der Polizei und neue Werbekampagne: Ein weiteres Problem stellte der Personalmangel bei der Kantonspolizei dar. Die Rekrutierung neuer Polizistinnen und Polizisten wird zunehmend schwieriger. Mit der humorvollen Kampagne «117-Siech» sollen gezielt junge Menschen für den Polizeiberuf begeistert werden.

Fazit: Herausforderungen für die Zukunft: Der Jahresbericht der Sicherheitskommission zeigt, dass der Kanton Bern vor bedeutenden sicherheitspolitischen Herausforderungen steht. Die Gewalt gegen Einsatzkräfte, Engpässe im Justizvollzug und die Digitalisierung der Justiz sind zentrale Themen, die auch in Zukunft Lösungen erfordern. Gleichzeitig investiert der Kanton in den Sport und die Modernisierung der Polizei. Die Kommission wird auch im kommenden Jahr gefordert sein, um Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu entwickeln.

Mathias Müller, Grossrat, Orvin

SVP Frauen Kanton Bern



Das Jahr 2024 hat nach den nationalen Wahlen etwas gemächlicher gestartet. Die Wahlanalyse wurde zur Kenntnis genommen und sicher werden daraus für die Zukunft auch Lehren gezogen.

In den Abstimmungen vom 22. September 2024 ging es unter anderem um die BVG-Reform. Die SVP Frauen haben ihre Haltung im bernstark-Journal deponiert und sich für ein Ja eingesetzt.

Für den 30. Oktober 2024 hatten wir eine Führung durch das Regionalgefängnis Bern ausgeschrieben. Das Interesse von den SVP Frauen war sehr gross. Der Direktor Eugen Marty und zwei Mitarbeitende haben uns empfangen und in einem ersten Teil viele spannende Einblicke gegeben. Im Jahr 2025 wird das Regionalgefängnis Bern 50 Jahre alt. Im Justizvollzug hat sich in den letzten Jahren viel verändert. Mit rund 60 Mitarbeitenden und 123 Plätzen stellt das RG Bern die Drehscheibenfunktion für den bernischen Justizvollzug sicher und verzeichnet jährlich über 10'000 Ein- und Austritte. Betreut werden im Schnitt Insassen aus 40-45 verschiedenen Nationen. Auf der Führung erhielten wir spannende Einblicke in das Gefängnis.

Am 2. Dezember 2024 haben sich zahlreiche Frauen beim SVP Fondue-Mittagessen getroffen. Mit den Grossrätinnen und Nationalrätin Katja Riem wurden angeregte Gespräche geführt. Dies ist für das Netzwerk und die politische und gesellschaftliche Arbeit sehr wichtig.

Auf Ende vom 2024 sind drei Frauen aus dem Vorstand zurückgetreten. Es sind dies Marlène Geiser, Nadja Umbricht Pieren und meine Wenigkeit. Ich danke an dieser Stelle den abtretenden, wie auch den verbleibenden Vorstandsmitgliedern für die Zusammenarbeit und Aliki Panayides für die Sitzungsvorbereitungen. Den neugewählten Vorstandsmitgliedern wünsche ich alles Gute und ich bin froh, wenn sich auch in Zukunft junge Frauen für die SVP-Werte einsetzen.

Christine Gerber, Präsidentin, Grossrätin, Detligen

JSVP Kanton Bern

Junge SVP Kanton Bern verbucht Erfolge bei der Jungen SVP Schweiz und im Grossen Rat



Nach den Nationalratswahlen 2023 startete die Junge SVP Kanton Bern als wählerstärkste Jungpartei des Kantons Bern gestärkt ins neue Vereinsjahr.

Im März 2024 war die Junge SVP Kanton Bern Gastgeber der Delegiertenversammlung der Jungen SVP Schweiz. Die DV fand im Hotel Seepark in Thun statt. Unter der Anwesenheit von 150 Delegierten wurden Stephanie Gartenmann als Generalsekretärin und Grossrat Nils Fiechter als Präsident der Jungen SVP Schweiz gewählt. Als Abschlussredner der DV konnten wir erfreulicherweise alt Bundesrat Adolf Ogi gewinnen. Ebenfalls

Teil des Rahmenprogramms war eine Stadionführung beim FC Thun mit anschliessendem Referat von Trainerlegende Hanspeter Latour.

Ende März wurde bekannt, dass Adrian Spahr aufgrund des Rücktritts der Seeländer SVP-Grossrätin Christine Gerber in den Grossen Rat nachrücken wird. Die jahrelange Arbeit in der Jungen SVP Kanton Bern und in der Gemeindepolitik wurde nun belohnt. Adrian Spahr hat sich gut im Grossen Rat integriert und bereits eine dringliche Motion mit bürgerlicher Unterstützung im Rat durchgebracht.

Im April hielten wir die Hauptversammlung der Jungen SVP Kanton Bern ab, bei der Nils Fiechter als Co-Parteipräsident zurücktrat und Adrian Spahr als alleiniger Präsident der bernischen Jungen SVP gewählt wurde. Im Anschluss an die Versammlung gewährte Nationalrat Thomas Knutti den Mitgliedern mit einer Bundeshausführung Einblick hinter die Fassaden der nationalen Politik.

«ESC, bleib fern von Bern»: Die Junge SVP Kanton Bern kündigte das Referendum gegen einen allfälligen 30 Millionen-Kantonskredit für die Durchführung des Eurovision Songcontest im Kanton Bern an. Die SRG verkündete später, dass der ESC im Kanton Basel-Stadt durchgeführt werde. Für die Junge SVP Kanton Bern ein erfreulicher Entscheid. Es kann nicht sein, dass für diesen politisch gefärbten Anlass Berner Steuergelder eingesetzt werden. Zumal der Anlass hohe Sicherheitskosten ausgelöst hätte und auch wegen antichristlicher Symbole und antisemitischen Vorfällen in den Vorjahren keine gute Visitenkarte für den Kanton Bern abgegeben hätte. So überraschte es auch nicht, dass der Berner FDP-Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Philippe Müller sich mit den Worten «ESC, bleib fern von Bern» gegen eine Durchführung im Kanton Bern aussprach.

Nebst aller politischen Aktivität durfte selbstverständlich auch das Gesellschaftliche nicht zu kurz kommen. So war die Junge SVP Kanton Bern wie üblich an zwei Wochenenden am Intergame-Festival mit einem JSVP-Barstand in Langnau vertreten. Es konnten gute Gespräche geführt und neue junge Mitglieder gewonnen werden. Das Vereinsjahr wurde wie immer mit unserem Fondue-Chinoise-Essen im Restaurant Hähli in Thörishaus ausgeklungen.

Die Junge SVP Kanton Bern blickt somit auf ein schönes und erfolgreiches Politjahr 2024 zurück.

Joel Zimmermann, Generalsekretär, Ersigen

SVP Senioren Kanton Bern



Das Jahr 2024 war wiederum durch verschiedene Herausforderungen geprägt. Trotz der geopolitischen Spannungen, insbesondere auch mit dem seit knapp drei Jahre anhaltenden Ukrainekrieg, und hohen Inflationsraten mit steigenden Preisen in vielen Ländern, konnte die Schweiz ihre wirtschaftliche Stabilität bewahren. Das führte auch dazu, dass die Schweiz. Nationalbank in zwei Schritten den Leitzins deutlich um 0,75 % auf 0,50 % senken konnte. Überraschend deutlich haben Volk und Stände die Einführung einer 13. AHV Rente angenommen, welche ab 2026 ausbezahlt wird. Der Bundesrat hat am 20. Dez. 2024 vom

materiellen Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU Kenntnis genommen. Die einzelnen Abkommen werden nun bereinigt werden, nachher folgen Vernehmlassungen, Beratungen im eidg. Parlament und sicherlich auch eine Volksabstimmung – die Diskussionen dazu werden gerade auch von der SVP aus hart geführt werden. Als Nachfolger von Marco Chiesa wurde Nationalrat Marcel Dettling an der DV im März 2024 als neuer Präsident der SVP Schweiz gewählt. Ein ungewöhnlicher Wahlkampf fand jedoch weltweit grosse Beachtung und endete mit dem Sieg von Donald Trump, welcher damit nach einem Unterbruch von vier Jahre wiederum als Präsident der USA in das Weisse Haus einzieht.

Die Einladung der SVP Senioren zum Bundeshausbesuch vom 6. März 2024 war ein voller Erfolg und das für uns reservierte Kontingent war bereits nach vier Tagen ausgebucht. Nach einem Besuch der laufenden Session auf der Tribüne und einer Führung durch das Bundeshaus wurden die Teilnehmer von NR Lars Guggisberg in einem sep. Sitzungszimmer empfangen, wo neben ihm auch die Nationalräte Hansjörg Rüeggsegger und Ernst Wandfluh interessante Informationen abgaben und Fragen beantworteten. Beim abschliessenden Apéro im Bundeshausrestaurant «Galerie des Alpes» fand der Anlass bei angeregten Gesprächen einen gemütlichen Abschluss.

Die HV der SVP Senioren vom 23. Mai 2024 wurde von rund 80 Personen besucht. Die Mitarbeit von den zurücktretenden Vorstandsmitgliedern Werner Aebischer und Roland Benoit wurde durch den Präsidenten verdankt. Für die beiden vakanten Sitze wurden alt GR Werner Moser, Landiswil als Vertreter des WK Mittelland-Süd und alt NR/GR Markus Ruf als Vertreter des WK Jura bernois neu in den Vorstand gewählt. Die übrigen statutarischen Traktanden wurden zügig abgewickelt. Aus der Versammlung erfolgten noch Voten zu den sehr tiefen Gebühren für ausländische Studierende, zum mangelnden Einsatz der FDP gegen die beiden Krankenkasseninitiativen sowie zur Petition für den Erhalt der Patrouille Suisse. Nationalrat und Kantonalpräsident Manfred Bühler orientierte nach einer Grussbotschaft über die Haltung der SVP zu den nächsten eidg. Abstimmungsvorlagen. Im Anschluss an die HV orientierte Grossrätin und Fraktionspräsidentin Barbara Josi über Aktuelles aus der Politik und über die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien im Grossen Rat. Ein weiteres angekündigtes Referat zum Asylchaos konnte leider nicht stattfinden. Das vorgesehene Nachholen im Herbst musste dann leider auch ausfallen, weil Nationalrätin Martina Bircher, Aarburg als Referentin zu diesem Zeitpunkt in einem intensiven Wahlkampf involviert war, aus dem sie in der Folge als neugewählte Regierungsrätin im Kanton Aargau erfolgreich hervorging.

Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten hat sich um 4 auf 350 Personen leicht reduziert. Im Herbst gönnte sich unser Vorstand erstmals einen Ausflug auf das Niederhorn, verbunden mit einer interessanten Betriebsbesichtigung der Standseilbahn und der Gruppenumlaufbahn sowie dem Geniessen des Panoramas vom Aussichtspunkt aus. Den Mitgliedern des Vorstandes danke ich an dieser Stelle herzlich für die wiederum gefreute Zusammenarbeit.

Ulrich Iseli, Präsident, Madiswil



L'année 2024 a été marquée par la préparation aux conséquences du changement de canton de Moutier ainsi que les diverses initiatives absurdes contre lesquelles il faut lutter.

Ces différentes votations étaient intéressantes à observer. Dans les élections communales ou régionales, les verts et une partie de la gauche perdaient pratiquement toujours quelques points, en contrepartie à droite nous avons perdu quelques votations (bail et autoroutes, LPP) qui étaient importantes pour notre économie et le développement futur. On peut tout de même souligner le fait que certaines de ces votations n'étaient pas des thèmes centraux pour notre parti. Elles ne restaient pas moins importantes, mais la mobilisation a été difficile.

En contrepartie les initiatives écologistes extrêmes sont balayées par la population, un élément de grande importance. Ce qui irrite avec ce type d'initiatives est cet effet de pointer du doigt nos agriculteurs, et cette obsession vouloir produire écologiquement de manière totalement déraisonnable. Cela ne peut qu'entraîner la décroissance des rendements, et donc faire augmenter le besoin d'importer de l'étranger presque sans limites. C'est une tendance très dangereuse pour notre avenir. Le citoyen qui soutient ces initiatives ne sera malheureusement jamais impacté par son raisonnement irresponsable.

Avenir Berne Romande était et reste un sujet important pour l'UDC JB. Tout au long de l'année, l'UDC Jura Bernois a mené diverses actions et initiatives politiques visant à défendre les intérêts des citoyens du Jura Bernois, tout en restant pragmatique. La défense des valeurs traditionnelles et la lutte contre la bureaucratie excessive restent bien entendu des sujets d'importance. Ce projet a montré l'absurdité de laisser partir notre capitale régionale.

Nos diverses sections ont également accompli un très bon travail lors de diverses élections. En reprenant une mairie comme à Corgémont avec Michel Tschan, que je félicite pour sa ténacité, l'UDC a marqué les esprits. Changer pour changer après plus de 20 ans de mairie UDC en 2019 a mené à un désastre. Diverses sections ont gagné des sièges à l'exécutif. C'est aussi le cas au législatif, et le travail à renforcer les liens avec la droite a notamment permis de reconquérir la mairie à La Neuveville pour le PLR. Je ne peux qu'être reconnaissant à nos sections pour le travail qu'elles accomplissent quotidiennement. Elles restent notre base, grâce à elles nous arrivons à trouver et former nos futurs élus cantonaux ou fédéraux.

En 2025, nous allons préparer les élections cantonales. Le travail a déjà commencé. Donnons le meilleur de nous-même pour garder la majorité de droite au Conseil-exécutif et renforcer nos positions au Grand Conseil !

Patrick Tobler, président, Moutier



Auch das Jahr 2024 sollte das Jahr der Anlässe werden. Wir haben unser Konzept mit den SVP bei de Lüt während der jeweiligen Session weiterverfolgt und durften bereits am 08. Januar 2024 in Ins Ständerat Werner Salzmann und Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren begrüßen. Wie im Seeland üblich, informierten auch unsere Grossrätinnen und Grossräte aus dem Rathaus. Mit rund 100 Gästen war der Anlass sehr gut besucht.

Im März durften wir dann Lars Guggisberg in Aarberg begrüßen, im September Ernst Wandfluh in Bütigen und zum Abschluss des Jahres noch Katja Riem und Hans Jörg Rüegsegger im Feuerwehrmagazin in Port. Herzlichen Dank den Sektionen für die grossartige Zusammenarbeit und die Unterstützung bei diesen Anlässen.

Natürlich durfte auch das Politforum Stadt-See-Land nicht fehlen und wir haben uns der Europa-Politik gewidmet. In Lyss durften wir mit SR Werner Salzmann und NR Christine Badertscher den ersten Teil des Forums durchführen. Der zweite Teil fand in der Werft Faul in Erlach statt und die Besucherinnen und Besucher kamen bei der Diskussion zwischen SR Werner Salzmann und NR Simon Michel voll auf ihre Kosten. Wie es sich am Bielersee gehört, konnten sich die Besucherinnen und Besucher mit Fisch verköstigen. Herzlichen Dank den Sektionen Lyss-Busswil und Jolimont für die Durchführung des Politforums.

Im Herbst standen in verschiedenen Gemeinden Wahlen an. Bis auf Orpund, wo wir leider einen Sitz im Gemeinderat verloren haben, konnten die Sitze gehalten oder sogar dazu gewonnen werden. In den Gemeinden Aarberg, Kallnach, Raddelfingen und Schüpfen dürfen wir das Präsidium im Gemeinderat stellen.

Auch im Vorstand kam es zu Wechseln. Nach dem Rücktritt von David Herzig als Kassier hat Gerhard Kummer diese Charge neu übernommen. Mit Daria Winkelmann-Rösti und Barbara Holzer konnte der Vorstand verstärkt werden. Auf Ende 2024 hat Christine Gerber als Vizepräsidentin ihren Rücktritt bekanntgegeben. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Christine und David für die tolle Zusammenarbeit und die wertvolle Unterstützung im Vorstand. Ich wünsche beiden weiterhin viel Freude in ihren Ämtern und alles Liebe und Gute.

Um für die Grossratswahlen 2026 gerüstet zu sein, haben wir bereits letztes Jahr ein Wahlkomitee gegründet. Mit Grossrat Martin Schlup konnten wir einen erfahrenen Wahlkampfleiter gewinnen. Alt Grossrätin Béatrice Struchen und alt Grossrat Donat Schneider kümmern sich um die Kandidatensuche. Ich freue mich bereits jetzt auf den Wahlkampf unserer Kandidatinnen und Kandidaten und wünsche allen viel Freude und Erfolg.

Markus Baumann, Präsident, Stadtrat, Nidau



Das vergangene Jahr verlief im Emmental ein wenig ruhiger als sonst. Natürlich fanden in mehreren Gemeinden wichtige kommunale Wahlen statt. Die SVP Emmental gratuliert allen neu- und wiedergewählten Gemeinderats- und Stadtratsmitgliedern und ist stolz darauf, dass in vielen Emmentaler Gemeinden die SVP immer noch stärkste Kraft ist. Unseren kommunalen Mandatsträgern gilt ein grosser Dank.

Einen personellen Wechsel gab es im Emmentaler Regierungsstatthalteramt. Unser SVP-Mitglied Claudia Rindlisbacher entschied sich nach 16 Jahren Arbeit auf dem Statthalteramt, davon 8 Jahre als Regierungsstatthalterin, für einen beruflichen Wechsel und verliess ihre Stelle auf Ende 2024. Die SVP Emmental dankt Claudia Rindlisbacher ganz herzlich für ihre langjährige Arbeit, aber auch für ihren Einsatz und ihre Kollegialität bei uns im Vorstand.

In Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien ist es der SVP Emmental gelungen, in der Person von Alexandra Grossenbacher eine würdige Nachfolgerin zu finden. Frau Grossenbacher, die auf Anfang 2025 gestartet ist, erfüllt ihr Amt mit viel Umsicht, Weitsicht und Bürgernähe.

Im Vorstand der SVP Emmental gab es im vergangenen Jahr zwei Wechsel. Unser sehr langjähriges Mitglied Alfred Lüthi demissionierte altershalber. Fred war seit der Gründung, damals noch im Amtsverband Burgdorf, für den Vorstand tätig. Er schrieb mit viel Hingabe jeweils die Protokolle und amtierte als Plakatverantwortlicher. Verdankenswerterweise erfüllt er letztere Aufgabe noch immer.

Auch Vorstandsmitglied Christoph Hofer gab seinen Rücktritt bekannt. Durch seine hohe berufliche Belastung in seiner Firma Wyss AG Betonschächte sowie die zusätzlichen Aufgaben, die ihm im Vorstand von Swissbeton zufallen, sah er sich gezwungen, seine zeitlichen Ressourcen aufzuteilen.

Wir danken beiden ehemaligen Vorstandsmitgliedern herzlich für ihr grosses Engagement zu Gunsten unserer Partei!

Neu konnten wir Corinne Gygax aus Lützelflüh für den Vorstand gewinnen. Corinne wird uns als Nachfolgerin von NR Nadja Umbricht Pieren zudem im Vorstand der SVP Frauen Kanton Bern vertreten. Nadja danken wir herzlich für ihren jahrzehntelangen Einsatz bei den SVP Frauen!

Aufgrund der Amtszeitbeschränkung demissionierte Fritz Jakob im vergangenen Jahr als Revisor. Neu wird die Burgdorfer Stadträtin Mirjam Kalbermatten-Wüthrich neben dem Oberburger Hanspeter Lüthi als Revisorin mitwirken. Wir wünschen Mirjam viel Erfolg und danken Fritz für seinen grossen Einsatz in den vergangenen 16 Jahren.

Natürlich starteten die Vorbereitungen und die Kandidatensuche für die kantonalen Gesamterneuerungswahlen vom März 2026 auch im Emmental bereits. In der Person von Grossrat Alfred Bärtschi haben wir einen erfahrenen und kompetenten Wahlleiter gefunden und freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen der SVP Emmental gebührt mein herzlicher Dank! Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren, mein Vizepräsident

Grossrat Alfred Bärtschi, die Grossräte Ruedi Fischer, Markus Aebi, Walter Sutter und Ueli Gfeller, Peter Erhard, Corinne Gygax, Sekretärin Michelle Adam-Singer, Kassier Joel Zimmermann, Homepage-Verantwortlicher Beat Hochstrasser und den Revisoren Hanspeter Lüthi und Mirjam Kalbermatten-Wüthrich: danke für eure grosse Arbeit zugunsten unserer SVP, und danke für eure Kollegialität, die ich sehr schätze!

Ebenfalls danke ich allen Sektionsverantwortlichen der SVP Emmental für deren Mitwirken und das politische Engagement. Ein grosses MERCI geht an sämtliche Emmentaler SVP-Mitglieder für ihre Treue. Ich freue mich stets über die persönlichen Begegnungen mit Euch!

Andrea Gschwend-Pieren, Präsidentin, Grossrätin, Kaltacker/Heimiswil

Wahlkreis Oberaargau



Im Mittelpunkt der Tätigkeiten standen für die SVP Oberaargau im Jahr 2024 diverse Gemeindewahlen. Dabei durften wir von etlichen sehr erfreulichen Ergebnissen Kenntnis nehmen. So gelang beispielsweise in Niederbipp ein Sitzgewinn im Gemeinderat (neu vier Sitze), aber auch in Langenthal schnitt die SVP überaus erfolgreich ab. Auch hier resultierten Sitzgewinne, sowohl im Gemeinderat (neu drei Sitze) wie auch im Stadtrat (neu elf Sitze) konnte je ein Sitz dazugewonnen werden. Natürlich mussten wir auch den einen oder anderen Wehrmutstropfen hinnehmen, so etwa in Huttwil, wo die SVP zwar weiterhin mit drei SVP-Mitgliedern im Gemeinderat vertreten ist, aber es nicht gelang, auch das Gemeindepräsidium zu besetzen.

Bereits sehr erfreulich startete das Jahr 2024 im Januar. Das «Säli» im Restaurant Rebstock in Wiedlisbach war nämlich am Freitagabend, 26. Januar 2024 randvoll besetzt mit erwartungsfrohen Leuten. Sie alle folgten der Einladung zur Gründung der neuen SVP-Sektion Wiedlisbach-Attiswil-Farnern-Rumisberg. Unternehmer Nicolas Krenger (Wiedlisbach), treibende Kraft hinter der Gründung der neuen Sektion, reagierte damit auf die Auflösung der Sektion Attiswil. Unter der Leitung von Tagespräsident Hanspeter Schmitz (Wiedlisbach) wurde die neue Sektion ins Leben gerufen. Nicolas Krenger amtiert als erster Präsident. Noch am gleichen Abend konnte verkündet werden, dass spontan 40 Mitglieder der neuen Sektion beigetreten sind. Im Juni führte die neue Sektion bereits ihren ersten Anlass durch und organisierte in Farnern «SVP bi de Lüt» mit SVP-Nationalrat Lars Guggisberg.

Der absolute Höhepunkt im Vereinsjahr folgte dann am Samstag, 23. März im Hotel Meilenstein in Langenthal, mit der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz. Mit emotionalen Worten hat sich hier Marco Chiesa als Parteipräsident verabschiedet. «Die Schweiz muss die Schweiz bleiben», machte er den rund 750 anwesenden Delegierten, Parteimitgliedern und Gästen klar, dass sich die SVP vehement gegen den neuen Rahmenvertrag mit der EU zur Wehr setzen wird. Sein Nachfolger, der 43-jährige Schwyzer Landwirt und Nationalrat Marcel Dettling, ging gar noch einen Schritt weiter und versprach den Anwesenden unter

tosendem Applaus: «In der Schweiz regiert das Volk und keine Brüsseler Bürokraten. Wir dulden keine fremden Vögte in unserem Land.»

Grossratswahlen 2026 im Visier

Mit Christine Fahrni wählten die Anwesenden an der Hauptversammlung im Frühjahr eine neue Frau in den Vorstand der SVP Oberaargau. Die Landwirtin aus Rumisberg kandidierte bei den letzten Grossratswahlen und belegte dabei den ersten Ersatzplatz. Aus dem Vorstand ausgetreten sind dagegen Gabriela Seiler (Aarwangen) und Käthi Rickli (Gondiswil). Zur Wiederwahl stellte sich auch Präsident Samuel Leuenberger (Bannwil), der von den Anwesenden einstimmig Zusage erhielt.

Die SVP Oberaargau verfügt im bernischen Grossen Rat mit Andreas Schüpbach (Huttwil), Patrick Freudiger, Martin Lerch (beide Langenthal), Samuel Leuenberger (Bannwil) und Beat Bösiger (Niederbipp) über fünf Sitze. Klar, dass sich der Vorstand der SVP Oberaargau frühzeitig mit den Grossratswahlen im Frühjahr 2026 befasst. Damit die Vorbereitungen auf die Grossratswahlen im neuen Jahr rasch angegangen werden können, hat der Vorstand der SVP Oberaargau die Weichen frühzeitig gestellt. Deshalb wurde Grossrat Andreas Schüpbach im Herbst als Wahlleiter gewählt. Der 66-jährige Huttwiler übte dieses Amt bereits bei den letzten Grossratswahlen 2022 aus und verfügt deshalb über die nötige Erfahrung.

Abgeschlossen wurde das Jahr traditionsgemäss mit der Präsidentenkonferenz im November. Rund 30 Sektionspräsidenten und Parteimitglieder folgten der Einladung der SVP Oberaargau zur diesjährigen Präsidentenkonferenz, die bei der Ingold Baumschulen AG in Bützberg stattfand. Auf einem beeindruckenden Rundgang durch den Betrieb stellte Inhaber Christof Ingold sein Unternehmen vor. SVP-Nationalrat Hans Jörg Rüegsegger führte anschliessend den Anwesenden mit einigen erstaunlichen Zahlen und Fakten die Bedeutung der KMUs für die gesamte Gesellschaft vor Augen. Für den SVP-Nationalrat ist klar, «dass wir zu unseren KMUs Sorge tragen müssen, weil diese für die Versorgungssicherheit unseres Landes zuständig sind, und zwar nicht nur im Bereich der Lebensmittel, sondern auch in anderen Bereichen wie der Energie oder bei Produkten für den täglichen Bedarf», gab er zu verstehen.

Samuel Leuenberger, Präsident, Grossrat, Bannwil

Wahlkreis Mittelland Nord



Wichtigstes Thema im 2024: Das Politjahr 2024 war aus Sicht der SVP Mittelland Nord im Hinblick auf die Erneuerungswahlen in vielen Gemeinden ein sehr wichtiges Jahr. Die Resultate waren sehr durchzogen. Als Beispiel konnte in der Gemeinde Ittigen der verbliebene SVP-Sitz im Gemeinderat nicht gehalten werden. In Worb wurde der zweite Sitz, welcher durch einen «Deserteur» verloren gegangen wurde, wieder zurückgeholt. Dies erfreute insbesondere

in der Sektion Worb sehr. In etlichen Gemeinden konnte erfreulicherweise an Stimmenanteil zugelegt werden. In Schönbühl-Urtenen ging durch die von bürgerlicher Seite lancierte Gruppierung «uschön» ein Sitz an «uschön» verloren.

Eine Entwicklung, die leider auch in meiner Gemeinde Vechigen Einzug gehalten hat. Es werden genug bürgerlich denkende Personen für die Listen gefunden, jedoch der SVP beitreten wollen sie nicht. Und da müssen wir, die SVP, über die Bücher. Es kann nicht sein, dass die SVP plötzlich nur noch mit «Trittbrettfahren» unterwegs ist. Ich hoffe fest und bin eigentlich auch überzeugt, dass die aktuelle, schwierige Lage unserer Zeit, wieder zu einem Umdenken führen wird. Bleiben wir wachsam und führen entsprechende Gespräche mit unseren Mitmenschen, und zwar nicht nur vor den Wahlen.

Sektion Allmendingen: Leider musste die Sektion infolge «Personalmangel» auf Ende 2023 aufgelöst werden. Verbleibende Mitglieder hatten die Möglichkeit, sich Nachbarsektionen anzuschliessen.

Vorstandsarbeit: Die Vorstandsarbeit war im vergangenen Jahr wie gewohnt durch das Vorbereiten der Delegiertenversammlungen bzw. der anstehenden Abstimmungsvorlagen von Bund und Kanton geprägt.

Junge SVP: Seit einiger Zeit nimmt von der Jungen SVP Laura Tauber, Präsidentin Junge SVP Mittelland Nord, Einsitz im Vorstand. Danke Laura für deine Wortmeldungen und allgemein für dein Mitmachen.

BEA: Für Samstag, 4. Mai haben die bewährten Organisatoren unseres BEA-Tages, Christian Spycher und Kurt Wenger, wieder ein gut funktionierendes Programm mit den entsprechenden personellen Besetzungen auf die Beine gestellt. Die guten Gespräche und überhaupt die Präsenz der SVP an der BEA kann, mindestens aus meiner Sicht, als Erfolg gewertet werden.

Grossrats-Vizepräsidium: Da das Vizepräsidium des Grossen Rates 2024 der SVP zustand, haben auch wir uns über eine allfällige Kandidatur aus unserem Wahlkreis Gedanken gemacht. Nachdem von den «Herren» niemand zur Verfügung stand, konnten wir aus uns verständlichen Gründen auch unsere erfahrene Grossrätin Annegret Hebeisen nicht von einer Kandidatur überzeugen. Annegret hätte dieses Amt würdig und exzellent bekleidet. Gewählt wurde schliesslich Raphael Lanz aus dem Wahlkreis Thun.

Wichtiger Austausch unter uns Grossratspersonen: Während der Wintersession haben wir uns zum internen Austausch über anstehende wichtige Geschäfte unseres Wahlkreises über den Mittag zusammengesetzt. Solche Treffen sind wichtig für den Zusammenhalt und für ein gemeinsames Weitergehen.

Nationalrat / Ständerat / Kantonalpräsident Manfred Bühler / auswärtige Referenten: Ständerat Werner Salzmann und auch Nationalrat Lars Guggisberg bereichern mit ihren Berichten aus dem Bundeshaus und insbesondere auch, wenn irgend möglich, als Referenten bei Bundesvorlagen unseren Wahlkreis sehr. An dieser Stelle herzlichen Dank für Euren grossen Einsatz. An der Delegiertenversammlung vom 17. April hat uns Manfred Bühler mit seiner Anwesenheit und mit einem Referat zur Kostenbremse-Initiative beehrt. Danke Manfred. Am 15. August konnten wir für die Vorlage «Biodiversitätsinitiative» Grossrat Markus Aebi und für die Vorlage «Änderung Kantonsverfassung (Kantonswechsel Moutier)» Grossrat Etienne Klopfenstein in unseren Reihen begrüßen. Grossen Dank.

Dank: Zum Schluss möchte ich Allen, die in unserem Wahlkreis für die Werte der SVP über das ganze Jahr grosse Arbeit geleistet haben herzlich danken. Die SVP wird in Zukunft an Gewicht gewinnen!

Walter Schilt, Präsident, Grossrat, Vechigen

Wahlkreis Stadt Bern



Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen der Gemeindewahlen vom 24. November. Bereits seit der Budgetabstimmung 2023 konnten in Finanzfragen die Reihen zwischen EVP, GLP, Mitte, FDP und SVP zunehmend geschlossen werden. Die Parteien standen seither – in unterschiedlicher Zusammensetzung und Engagements – oft in gemeinsamen Kampagnen zusammen. Auch wenn die Abstimmungen gleichwohl verloren gingen, bewegte sich der Nein-Anteil in einer für RGM teils ungewohnten Höhe (bis zu 45% Nein Stimmen). Noch vor wenigen Jahren wurde das Budget mit 15% Gegenstimmen angenommen. Offensichtlich erkannten viele Stimmbürger, dass der Gemeinderat die reichlich fliessenden Steuererträge leichtfertig verschwendet und er daran auch in Zukunft nichts ändern will. EVP, GLP, Mitte, FDP und SVP konnten sich für die Gemeinderatswahlen auf eine gemeinsame Liste unter dem Namen «Meh Farb für Bärn» einigen, um die Verhältnisse in der Stadtregierung zu ändern. Der von den Listenpartnern favorisierte Janosch Weyermann wurde von der SVP einstimmig als Gemeinderatskandidat und später zusätzlich als Kandidat für das Stadtpräsidium nominiert. Janosch Weyermann leistete einen aktiven Wahlkampf und konnte über die Parteigrenzen hinweg viele Stimmen gewinnen. Leider gingen die Wahlen dennoch nicht wie erhofft aus und die SVP verlor erneut Wählerprozente und einen Sitz im Stadtrat. In der neuen Legislatur ist die SVP deshalb neu noch mit 6 Sitzen vertreten. Die gemeinsame Gemeinderatsliste «Meh Farb für Bärn» konnte ausserdem nicht wie erhofft zwei Sitze gewinnen. Den zweiten Sitz verpasste sie jedoch nur äusserst knapp aufgrund von 90 fehlenden Listen. Die SVP-Fraktion wird dennoch weiterhin für bürgerliche Anliegen kämpfen und die überparteiliche Arbeit im Berner Stadtrat fortsetzen.

Als politisch wichtigstes Geschäft im vergangenen Jahr kann sicher die Lancierung der Initiative zum Erhalt des Streichelzoos im Tierpark Dählhölzli bezeichnet werden, welche voraussichtlich noch im ersten Quartal des Jahres 2025 eingereicht wird. Einen Erfolg konnte die SVP mit ihrer Beschwerde gegen die städtische Überbrückungshilfe verbuchen, welche von der zuständigen Regierungsstatthalterin gutgeheissen wurde.

Die Mitgliederbewegungen lassen uns hoffen, dass die SVP auch im städtischen Gebiet wieder zulegen kann, nicht zuletzt auch dank dem grossen Engagement von Mitgliedern auf allen Ebenen innerhalb der Stadt Bern. Die 10%-Marke ist das klare Ziel!

Thomas Fuchs, Präsident, Grossrat, Bern



Kickoff zu den Grossrats- und Regierungsratswahlen 2026: Mit einer Startsitzen im Februar zu den Wahlen Ende März 2026 beginnt das neue Jahr steil und intensiv. Eine Auslegeordnung und Lagebeurteilung der Wahlen 2022, die aktuelle politische Ausgangslage und mit Ausblick was bzw. welche Themen uns National- auf Kantons- und Gemeindestufe beschäftigen könnten. Es stehen grosse Herausforderungen an im Mittelland Süd. Die sechs Grossratsmandate zu halten und ein Regierungsratsmitglied zu ersetzen. Der Grundstein zu den Wahlen 2026 ist gelegt. Ende November konnte der Wahlausschuss unter Leitung von unserer Nationalrätin Katja Riem komplettiert werden. Let's go!

Highlight 2025: «Ein Jahr Bundesrat», unser Albert Rösti gab sich die Ehre anfangs April in der bis auf den letzten Platz gefüllten Abflughalle des Flughafens Bern-Belp. In einem spannenden Referat liess er die Anwesenden zu einem Einblick und seine Arbeit seiner ersten zwölf Monate als Bundesrat staunen und lachen. Authentisch, klar in seinen Aussagen und dossiersicher. Wie wir «Bärt» kennen. Wir wünschen ihm weiterhin viel Elan und alles Gute.

BEA-Time: Wie gewohnt am Mittwoch war der Tag der SVP Mittelland Süd an der BEA. Unser OK, bestehend aus Beat Johnner, Markus Schüpbach und aGR Res Burren organisierte den Auftritt vorbildlich und attraktiv. Das Nagelspiel gab uns die Möglichkeit, mit den BesucherInnen in Kontakt zu kommen und so eine nicht erwartete Anzahl Unterschriften zu unseren SVP-Initiativen zu sammeln. Unsere Grossrätin und die fünf Grossräte sowie Katja und Hans Jörg standen wie unser Ständerat Werner Salzmann aktiv und mehrere Stunden im Einsatz.

«SVP bi de Sektionen»: In einigen Gemeinden standen Wahlen an. Der Vorstand SVP Mittelland Süd unterstützt bei Bedarf die Sektionen in den Wahlvorbereitungen. Trotz Fyrabebier, Standaktionen und Umwelttagen gelang es uns leider nicht überall, das Gemeindepräsidium in SVP-Händen zu halten, dennoch können neue Gesichter aus unserer Partei in Exekutivgremien einziehen. Speziell ist sicher der Einzug des 19-jährigen Joel Rügsegger in den Gemeinderat Riggisberg. Insgesamt können wir von erfolgreichen Gemeindewahlen 2024 sprechen. Viel Erfolg und herzlichen Dank für Euren Einsatz.

Abstimmungen 2024: Die eidgenössischen Abstimmungen sind sehr emotional verlaufen. Das Stromversorgungsgesetz, die BVG Reform und Biodiversitätsinitiative, sowie der Abstimmungskampf zur STEP Autobahngengpass-Beseitigung brauchte viel Überzeugungskraft. Trotz prominent besetzten Podien mit Pro und Contra konnte sich nicht bei allen Vorlagen die SVP Parole durchsetzen. Die Kantonale Solarinitiative/Gegenvorschlag lässt schon jetzt grüssen. Erkenntnis: In den Agglo Gemeinden und in Gemeinden mit vielen Zuzüglern sind umstrittene Abstimmungsvorlagen sehr schwierig zu gewinnen. Es braucht unseren Einsatz mehr denn je.

Ausblick: Das Betreuen und Unterstützen der Sektionen braucht mehr Ressourcen. Die eingesetzten Arbeitsgruppen widmen sich vermehrt thematisch, aber auch bei der Organisation der SVP bi Lüt/bi de KMU Anlässen und weiteren

Aktionen. Dass in den ersten Monaten 2025 unsere neue Homepage aufgeschaltet wird und die interessierten Sektionen bei der von der SVP Schweiz initiierten Lösung mitmachen können, erachten wir als eine schöne Dienstleistung und weiteren Schritt in Richtung Weiterentwicklung. Die Wahlen Ende März 2026, mit der Suche nach geeigneten KandidatInnen und deren Nomination an der DV Ende Juni bilden zusammen mit den Schwerpunktthemen 2025 die Arbeitslinie der SVP ML Süd. Dazu kommen Gemeindewahlen in Agglogemeinden unseres Wahlkreises und spannende Abstimmungen.

Zum Schluss: Den Jahresabschluss des Politjahres der SVP Mittelland Süd im Dezember beinhaltet die Planung der Agenda 2025, die ersten Vorbereitungen für die BEA und weitere Anlässe, sowie an welchen Schwerpunkten und Themen im kommenden Jahr gearbeitet wird. Ein gemütlicher Höck im Wyschopf bei Riem & Daepf & Co Weinkellerei in Kiesen rundete das intensive Jahr der SVP Mittelland Süd ab. **Fazit:** Zusammenarbeiten lohnt sich, braucht aber viel und immer wieder Einsatz auf allen Ebenen, um so zusätzliche Wähler zu gewinnen.

Hans Jörg Rügsegger, Präsident, Nationalrat, Riggisberg

Wahlkreis Thun



Zu Beginn des Jahres war unser Bestreben, die Ziele des Wahlkreises neu zu definieren. Im Februar haben wir uns im Büro zum ersten Mal getroffen um in einer Arbeitsgruppe die Ziele des WKV zu schärfen und zu definieren. Wir haben die Hauptzielsetzungen definiert: Ziele für die anstehenden Wahlen, Mitgliederbestand erhöhen (+3%), Internes Kommunikationskonzept und dass wir es wieder hinkriegen, mindestens 80 % der Delegierten zur Teilnahme an Versammlungen zu motivieren.

Im Fokus standen schon von Beginn weg die Grossrats- und Regierungsratswahlen 2026. Mittels zentraler Präsidentenrapporte wurde bereits eine Potentialerfassung möglicher Kandidaten erfasst und die Gestaltung der Listen definiert. Wir erwarten die definitive Liste mit Namen Ende März 2025. In diesem Zusammenhang haben wir auch, zusammen mit dem Wahlkreis Oberland, die Kandidatur von Raphael Lanz anstelle des zurückgetretenen Christoph Neuhaus initiiert. Wir freuen uns, an der Kantonalen Delegiertenversammlung im 2025 unseren Kandidaten zur Wahl zu stellen. Gleichzeitig haben wir uns zusammen mit der FDP und den Verbänden entschieden, die aktuelle Regierungstadthalterin Simone Tschopp in unserem Wahlkreis anzugreifen. Wir werden ab Beginn des Jahres 2025 diesen Wahlkampf führen. Ich bedanke mich bei den aktiven Grossräten, dem Vorstand und auch dem Wahlkreis Oberland, insbesondere bei Präsident Bruno Stucki, für die sehr gute Zusammenarbeit und das Vertrauen. Wir freuen uns auf die Vorbereitungen des Wahljahres 2026.

Philipp Deriaz, Präsident, Thun

Wahlkreis Oberland



Das Jahr 2024 liegt bereits hinter uns und es ist Zeit, gemeinsam auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Der Wahlkreis Oberland traf sich neben der Hauptversammlung in Wimmis zu einer Delegiertenversammlung in St. Stephan. An der Hauptversammlung konnten wir den Fraktionspräsidenten der SVP CH, Nationalrat Thomas Aeschi, als Gastreferent begrüßen. Zu Beginn der Delegiertenversammlung referierte Stephan Scheidegger, Vizedirektor Bundesamt Raumentwicklung ARE, über die bevorstehenden Änderungen. Mit grosser Freude stellen wir fest, dass unsere Versammlungen sehr gut besucht sind, das freut mich sehr.

Im November wurden wir in Grindelwald zum Fondueabend erwartet, mit über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde der Anlass sehr gut besucht und unsere Erwartungen wurden übertroffen. Als Gastreferent durften wir Nationalrat Franz Grüter begrüßen.

In diversen Oberländer Gemeinden fanden Gemeindewahlen statt. Den abtretenden Gemeinderatsmitgliedern danke ich ganz herzlich für das Engagement. Den wiedergewählten und neugewählten wünsche ich viel Glück und Erfolg in den Ämtern. Stellt man sich zur Wahl, ist auch eine Nichtwahl möglich, den nicht gewählten danke ich speziell, Kopf hoch und das nächste Mal wieder antreten, es lohnt sich gerade in den Gemeinden, sich für SVP-Politik einzusetzen. Es ist wichtiger denn je!

Natürlich waren auch die Grossratswahlen 2026 bei uns ein Thema. Als Wahlleiter wurde Nationalrat Thomas Knutti gewählt, ihm schon mal den Besten Dank, dass er sich für das Amt zur Verfügung stellt.

Am 9.12.2024 verstarb alt Nationalrat Fritz Hari aus Reichenbach. Fritz Hari vertrat die SVP von 1979-1995 im Nationalrat. Vorher war er Grossrat und unter anderem auch Gemeindepräsident von Reichenbach. Am 29.12.2024 verstarb alt Grossrat Arnold zum Wald-Iseli aus Erlenbach. Er vertrat die SVP vom 1978-1986 im Grossen Rat. Der SVP-Wahlkreisverband Oberland verliert mit Fritz Hari und Arnold zum Wald zwei überaus engagierte Mitglieder und entbieten den Angehörigen unser aufrichtiges Beileid. Das grosse Engagement wird uns ein Vorbild sein.

Ein interessantes und vielfältiges 2024 liegt hinter uns. Ich bedanke mich herzlich bei unseren Sektionen für die grosse Arbeit, bei den Kreisverbänden für die Arbeit in den Regionen und den Geschäftsleitungsmitgliedern für die Mitarbeit. Ein spezieller Dank geht an die Behörden-Mitglieder für den grossen Einsatz zu Gunsten unserer SVP.

Bruno Stucki, Präsident, Wimmis

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht



Die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, zu der neben dem Obergericht die erstinstanzlichen Zivil- und Strafgerichte sowie die Schlichtungsbehörden gehören, beurteilte insgesamt 35'424 Fälle (Vorjahr 33'520) und erteilte 21'316 Rechtsberatungen (Vorjahr 21'206). Wie im Vorjahr stellen rund 81 % der Fälle Zivilverfahren und 19 % Strafverfahren dar. In den Strafkammern führte die Einführung der revidierten Strafprozessordnung per 1. Januar 2024 zu einem nicht unerheblichen Aufwand. In der Zivilabteilung war eine deutliche Fallzunahme beim Kindes- und Erwachsenenschutzgericht, insbesondere auch im Bereich der Beschwerden gegen fürsorgische Unterbringungen, zu verzeichnen. Das Fallvolumen wird durch die Geschäfte der Anwaltsaufsichtsbehörde, der Anwaltsprüfungskommission sowie durch die internationale Rechtshilfe in grenzüberschreitenden Zivilprozessen ergänzt.

Die Entwicklung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung betreffend Landesverweisung führt zu einer noch höheren Begründungsdichte mit entsprechend grösserem Aufwand. Die erstinstanzlichen Strafgerichte sprachen 248 obligatorische Landesverweisungen aus (Vorjahr 184). Die Anwendungsquote lag bei 86 % (Vorjahr 83 %), die Härtefallquote bei 10 % (Vorjahr 11 %). Anlässlich von 59 diesbezüglich beurteilten Berufungsverfahren (Vorjahr 71 inkl. Rückzügen und Nichteintreten) bestätigten die Strafkammern in 44 Fällen die obligatorische Landesverweisung. In neun Fällen ordneten sie die obligatorische Landesverweisung neu an. In sechs Fällen bestätigten sie das Absehen von einer Landesverweisung.

Wie schon in den letzten Jahren blieb die Belastung in erster und zweiter Instanz unverändert hoch. Am Obergericht musste auf Grund des hohen Anteils französischsprachiger Geschäfte in Strafsachen (20 %) ein ständiger Ersatzoberrichter mit einem Beschäftigungsgrad zu 40 % eingesetzt werden. Auch in der ersten Instanz wurden zur Entlastung befristet ausserordentliche Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten eingesetzt.

Das Richtergremium des Obergerichts hat im Berichtsjahr folgende Veränderungen erfahren: Oberrichter Jean-Pierre Vicari (SVP) trat per 30. April 2024 in den Ruhestand. Zu dessen Nachfolge wählte der Grosse Rat Gerichtspräsidentin Bettina Bochsler (Grüne). Sie nahm ihre Tätigkeit als Oberrichterin am 1. Juni 2024 auf. Gerichtspräsident Michael Erismann (SP) wurde zudem als neues Ersatzmitglied des Obergerichts gewählt (Nachfolge Gerichtspräsidentin Esther Wyss Iff, BDP). Weiter demissionierte Oberrichter Christian Josi (SVP) per 31. Dezember 2024, da er von der Vereinigten Bundesversammlung zum Bundesrichter gewählt wurde. In der ersten Instanz nahmen acht neu gewählte Richterinnen und Richter ihre Tätigkeit auf.

In betrieblicher Hinsicht hatte sich das Obergericht unter anderem mit den rechtlichen und räumlichen Aspekten des Kantonswechsels von Moutier (Projekt Avenir Berne romande), der Teilzentralisierung des kantonalen

Zwangsmassnahmengerichts oder der prekären Raum- und Sicherheitssituation am Obergericht zu befassen.

Roger Zuber, Oberrichter, Bern

Verwaltungsgericht



Im Jahr 2024 sind beim Verwaltungsgericht 1'253 neue Fälle eingegangen, 1'154 Fälle wurden erledigt und 843 auf das Folgejahr übertragen. Im Verwaltungsrecht waren 404 und im Sozialversicherungsrecht 849 Eingänge zu verzeichnen.

Dem Verwaltungsgericht obliegen parallel zum Kerngeschäft, d.h. der Rechtsprechung, die Vorbereitung seines Voranschlags sowie die Rechnungsführung, der Rechnungsabschluss und die damit verbundene Berichterstattung für die gesamte Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es ist weiter verantwortlich für die Administration der gesamten Verwaltungsgerichtsbarkeit und übt die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission sowie die Bodenverbesserungskommission aus.

Die Zahl der Eingänge blieb weitgehend unverändert zum Vorjahr auf hohem Niveau. Weiterhin ist dabei jedoch eine deutliche Tendenz zu komplexeren und damit auch längeren Verfahren zu erkennen. Die rasche Bearbeitung aller Fälle bleibt deshalb auch weiterhin ein wichtiges Ziel der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die Verfahren im Dienste der Rechtssuchenden unter Wahrung sämtlicher Verfahrensrechte so rasch wie möglich zum Abschluss zu bringen, ist dabei eine grosse Herausforderung und führt für die Mitarbeitenden aller Abteilungen des Verwaltungsgerichts und der erstinstanzlichen Kommissionen zu einer erheblichen Belastung. Dank dem auch im Jahr 2024 festzustellenden grossen Einsatz aller Angehörigen der Verwaltungsgerichtsbarkeit konnte die Qualität der Rechtsprechung aufrechterhalten werden.

Die Urteile des Verwaltungsgerichts stehen der Öffentlichkeit kostenlos auf seiner Homepage zur Verfügung, wobei diese auch gesondert nach Leitentscheiden durchsucht werden können.

Dr. iur. Ivo Schwegler, Verwaltungsrichter, Boll

Generalstaatsanwaltschaft



Das Anzeigevolumen blieb im Mehrjahresvergleich wiederum auf einem hohen Niveau von 119'855 Anzeigen. Die regionalen Staatsanwaltschaften haben mehr Untersuchungen eröffnet als im Vorjahr. Die Altersstruktur der Fälle hat sich verschlechtert. Dank befristeter personeller Verstärkungen konnte die Zunahme überjähriger Verfahren vorübergehend gebremst und die Belastung reduziert werden. Das Missverhältnis zwischen Dotation und Eingängen bzw. Komplexität der Verfahren besteht weiter, die Belastung bleibt zu hoch. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität, bei der Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben und

bei der Jugendanwaltschaft haben die Eingänge erneut zugenommen. Die Verfahrenseingänge im Strafbefehlsverfahren blieben unter dem Vorjahr. Von 80'977 erlassenen Strafbefehlen wurden 3'381 mit Einsprache angefochten; die Pendenzen lagen unter dem Vorjahres-, aber über dem Zielwert.

Die Revision der Strafprozessordnung per 1. Januar 2024 war Gegenstand von Ausbildungen und Absprachen mit Partnerbehörden. Die Analyse nach einem knappen Jahr bestätigt den Mehraufwand, den die Neuerungen mit sich bringen. Einerseits führen die Strafbefehlsverfahren, bei denen neu wegen drohender Freiheitsstrafe eine Einvernahme durchzuführen ist, zu Mehraufwand, zumal die zu befragende Person häufig nicht erscheint oder nicht greifbar ist. Andererseits bedeutet die Beurteilung von Zivilforderungen im Strafbefehlsverfahren eine Zusatzaufgabe. Die Änderung des Sexualstrafrechts per 1. Juli 2024 war Gegenstand von Ausbildungen und findet in der Praxis Berücksichtigung. Nebst der Cyberkriminalität fordert heute die schweizweit grassierende interkantonale Delinquenz von jungen Mehrfach- und Intensivstraftätern aus den Maghrebstaaten die Kantonspolizei und nunmehr die Strafjustiz heraus.

Gestützt auf eine Analyse der Belastung, Arbeitsweise und Personalentwicklung und nach der Umsetzung von Optimierungen hat die Staatsanwaltschaft die notwendige Dotation bestimmt und in einem Stellenbegehren umgesetzt. Dieses betrifft u.a. den Mehraufwand zufolge Revision der Strafprozessordnung, den Untersuchungsbereich, die Jugendanwaltschaft und den Bereich Cyberkriminalität. Mit dieser personellen Verstärkung kann dem anwachsenden Pendenzenberg nachhaltig Einhalt geboten und mittelfristig eine konstante, zumutbare Belastung erreicht werden. Mit der Genehmigung des Budgets 2025 hat der Grosse Rat die erste Etappe des Stellenbegehrens genehmigt. Damit kann dem dringendsten ersten Handlungsbedarf begegnet werden. Die Genehmigungen der Etappen zwei (2026) und drei (2027) des Stellenbegehrens bzw. deren Umsetzung wird die Ressourcen in ein gesundes Verhältnis zum Strafverfolgungsauftrag setzen.

Mit dem wegweisenden Projekt NeVo wird die neue Vorgangsbearbeitung für die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft des Kantons Bern entwickelt (Ablösung Tribuna und Jugis durch SAP-basierte Fachapplikation Rialto). Die Kantonspolizei hat Rialto im Jahr 2022 eingeführt. Das Projekt der Staatsanwaltschaft befindet sich in der Realisierungsphase. Im Berichtsjahr hat die Staatsanwaltschaft ein minimal viable product (MVP) von Rialto für einen Teil des Massengeschäfts (unbezahlte Ordnungsbussen) produktiv eingeführt. Nach Erreichen dieser ersten wichtigen Etappe ist für die Realisierung des Systemteils der Staatsanwaltschaft eine Steigerung des eigenen Projektengagements nötig.

Die Staatsanwaltschaft schliesst bei einem budgetierten Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung (Globalbudget) von CHF 45,3 Mio. mit CHF 45,1 Mio. um rund CHF 0,3 Mio. (0.6%) besser ab als geplant.

Christof Scheurer, stv. Generalstaatsanwalt, Bern

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

Präsident:	Manfred Bühler, Cortébert
Vizepräsidenten:	Beat Bösiger, Niederbipp Christoph Peter, Herbligen (bis 30.04.) Anne Speiser, Zweisimmen
Geschäftsführerin:	Aliko M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsidentin	Barbara Josi, Wimmis
Präsidentin SVP Frauen:	Christine Gerber, Detligen
Weitere Mitglieder der GL:	Alfred Bärtschi, Lützelflüh Rudolf Friedli, Bern Lars Guggisberg, Kirchlindach Reto Jakob, Steffisburg Sandra Schneider, Biel

Parteivorstand (PV)

Mitglieder der Geschäftsleitung (s.o.)

Regierungsmitglieder:	Bundesrat Albert Rösti, Uetendorf Regierungsrat Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor, Kaufdorf Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor, Champoz
Eidg. Parlamentarier:	Ständerat Werner Salzmann, Mülchi Nationalrat Erich J. Hess, Bern Nationalrat Thomas Knutti, Weissenburg Nationalrätin Katja Riem, Kirchdorf Nationalrat Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren, Heimiswil Nationalrat Ernst Wandfluh, Kandergrund

Vertreter Fachkommissionen:

Verena Aebischer, Guggisberg (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen) (bis 30.05.)

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)

Nadja Günthör (Bildungskommission)

Raphael Lanz, Thun (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)

Andreas Michel, Meiringen (Gesundheits- und Sozialkommission)

Mathias Müller, Orvin (Sicherheitskommission)

Hans Schori, Wiler b. Seedorf (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen) (ab 01.06.)

Vertreter der Jungen SVP: Nils Fiechter, Oberwil i.S. (bis 10.03.)

Adrian Spahr, Lengnau (ab 11.03.)

Vertreter SVP Senioren: Ulrich Iseli, Madiswil

Präsidenten Wahlkreisverbände:

Markus Baumann, Nidau
Philipp Deriaz, Thun
Thomas Fuchs, Bern
Andrea Gschwend-Pieren, Heimiswil
Walter Schilt, Vechigen
Samuel Leuenberger, Bannwil
Hans Jörg Rüegsegger, Riggisberg
Bruno Stucki, Wimmis
Patrick Tobler, Moutier

Präsidenten kant. Wirtschaftsverbände

Jürg Iseli, Zwieselberg (BEBV)
Ernst Kühni (Berner KMU)

Weitere Mitglieder:

Daniel Bichsel, Zollikofen

Grossratsfraktion

Aebi Markus, Hellsau	Lanz Raphael, Thun
Aebischer Verena, Guggisberg	Lerch Martin, Langenthal
Augstburger Ueli, Gerzensee	Leuenberger Samuel, Bannwil
Bärtschi Alfred, Lützelflüh	Marti Benjamin, Belp
Bichsel Daniel, Zollikofen	Michel Andreas, Meiringen
Bösiger Beat, Niederbipp	Müller Mathias, Orvin
Brügger Bernhard, Höfen b. Thun	Ochsenbein Maxime, Bévillard
Brunner Toni, Landiswil	Rashiti Korab, Gerolfingen
Fiechter Nils, Oberwil	Salzmann Peter, Mülchi
Fischer Rudolf, Bätterkinden	Schilt Walter, Utzigen
Freudiger Patrick, Langenthal	Schlup Martin, Schüpfen
Fuchs Thomas, Bern	Schneider Sandra, Biel
Gerber Christine, Detligen (bis 18.05.)	Schori Hans, Wiler b. Seedorf
Gfeller Ueli, Schangnau	Schüpbach Andreas, Huttwil
Graber Anne-Caroline, La Neuveville	Spahr Adrian, Lengnau (ab 19.05.)
Gschwend-Pieren Andrea, Heimiswil	Speiser Anne, Zweisimmen
Günthör Nadja, Erlach	Sutter Walter, Langnau
Hebeisen Annegret, Münchenbuchsee	Tobler Marc, Moutier
Iseli Roland, Rüschegg	Wenger Kurt, Meikirch
Jakob Reto, Steffisburg	Zbinden Reto, Mittelhäusern
Josi Barbara, Wimmis	Zimmermann Kurt,
Klopfenstein Etienne, Corgémont	Zumbrunn Peter, Brienaz
Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg	

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2024)

Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)

Jolanda Brunner, Spiez
Manfred Bühler, Nationalrat, Cortébert (ex officio)
Thomas Fuchs, Grossrat, Bern

Nils Fiechter, Grossrat, Präsident JSVP Schweiz, Oberwil i.S. (ex officio) (ab 09.03.)

Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Kaltacker

Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach

Miriam Gurtner, Konolfingen

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg (bis 11.10.)

Helena Morgenthaler, Langenthal

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Albert Röstli, Bundesrat, Uetendorf (ex officio)

Werner Salzmann, Ständerat, Mülchi

Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Janosch Weyermann, Stadtrat, Bern (ab 12.10.)

Mitglieder der Parteileitung

Manfred Bühler, Nationalrat, Cortébert (ex officio)

Nils Fiechter, Grossrat, Präsident JSVP Schweiz, Oberwil i.S. (ex officio) (ab 09.03.)

Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach

Albert Röstli, Bundesrat, Uetendorf (ex officio)

Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär, Gümligen

Céline Jürgensen, Sekretärin, Bern

Angelo Andres, Praktikant, Ostermundigen

Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»

Urs Buri, Hasle b. B. (Präsident)

Andreas Burren, Lanzenhäusern (Sekretär)

Jean-Michel With, Vize-Präsident (Belp)

Daniel Stoller, Reichenbach (Kassier)

Pierre Berger, Mont-Crosin (Beisitzer)

Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern

Thomas Fuchs, Grossrat, Bern

Bethli Küng, alt Grossrätin, Saanen

Mathias Müller, Grossrat, Orvin

Markus Steiner, Fraubrunnen

Beat Bösigler, Grossrat, Niederbipp (Vertretung der Parteileitung)

Beratend:

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin SVP, Ostermundigen

Jean-Michel With, Finanzverantwortlicher SVP, Belp

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei den Verlust dreier Exponenten zu beklagen.

Fritz Hari, alt Nationalrat, Reichenbach, verstarb in seinem 97. Lebensjahr. Er vertrat die SVP Kanton Bern ab 1974 im Grossen Rat und von 1979 bis 1995 im Nationalrat. Fritz Hari war aber auch in der Gemeinde und in seiner Region aktiv, unter anderem als Gemeindepräsident und in vielen Verbänden. In Erinnerung bleibt er auch als erfolgreicher Gastwirt des Restaurants Pochtenfall.

Arnold zum Wald-Iseli, alt Grossrat, Erlenbach, setzte sich von 1978 bis 1986 als Grossrat für die Werte der SVP Kanton Bern ein und war der Partei bis zu seinem Tod im 95. Lebensjahr treu verbunden.

Dr. Werner Martignoni, alt Regierungsrat und alt Nationalrat, Muri, schied aufgrund von Altersbeschwerden gemeinsam mit seiner Ehefrau Mathilde Martignoni aus dem Leben. Seine lange politische Karriere begann als Gemeinderats- und Gemeindepräsident von Muri, bis Werner Martignoni 1966 in den Grossen Rat gewählt wurde. Bald folgte der Schritt in den Regierungsrat, wo er von 1974 bis 1986 die Werte der SVP vertrat und sich nach Kräften und mit Erfolg dafür einsetzte, dass der Jurakonflikt nicht noch weiter eskalierte. Von 1979 bis 1986 gehörte Werner Martignoni zudem dem Nationalrat an.



V. Schlusswort der Geschäftsführerin



Auf das nationale Wahljahr folgte ein Jahr, das vor allem geprägt war durch viele Kommunalwahlen, aber auch Erfolge im kantonalen Parlament, wie der Sessionsrückblick zeigt.

Erfolgreich war die SVP auch in diesem Jahr bei den kantonalen Richterwahlen. Hingegen gelang es leider nicht, beide zurücktretenden Bundesrichter durch bernische Vertreter zu ersetzen. Nebst dem Berner Christian Josi wurde der St. Galler SVP-Vertreter Patrick Guidon ans Bundesgericht gewählt. Den Zurückgetretenen, Bundesrichterin Monique Jametti Greiner und Bundesrichter Nicolas von Werdt, sei an dieser Stelle herzlich gedankt für den langjährigen Einsatz für die Gerechtigkeit und die Schweizer Werte.

In über 60 Gemeinden wurde in diesem Jahr gewählt. Die SVP darf mit den Ergebnissen zufrieden sein. Auffällig ist, wie die eidgenössischen Abstimmungen und die damit verbundene Mobilisierung einen Einfluss auf das Wahlergebnis in den Parlamentsgemeinden hatten. So wirkte sich die Biodiversitäts- und BVG-Abstimmung im September positiv auf die Wahlresultate aus, beispielsweise konnte die SVP in Worb im GGR zulegen. Im November hingegen, als die Autobahn-Vorlage zur Abstimmung kam, hatten auch einige Gemeinden darunter zu leiden, so gingen z.B. in Münchenbuchsee und Zollikofen Sitze im GGR verloren.

Erfreulich gut war das Echo an der BEA, wo die SVP seit einigen Jahren ja immer präsent ist. Der Erfolg, der sich auch in Beitritten äusserte, zeigt, wie wichtig es ist, dass die SVP auch in Jahren, in denen keine kantonalen und eidgenössischen Wahlen stattfinden, an der BEA mit einem Stand den Kontakt zur Basis pflegt. Der direkte Austausch von Mensch zu Mensch ist auch in der heutigen digitalen Zeit immer noch wichtig.

Es ist aber auch eine Tatsache, dass die Digitalisierung und Professionalisierung der Parteiarbeit voranschreitet. Die digitalen Plattformen werden immer wichtiger, daher verbreitet auch die SVP Bern ihre News nicht mehr nur via Webseite, den klassischen Newsletter-Mails und den Social Media Plattformen Instagram, Facebook, X und LinkedIn, sondern auch via Whatsapp-Channel.

Zum Schluss ein Jahres-Highlight im praktischen Alltag: Das Datenbank-Portal Tocco funktioniert endlich auch für alle Sektionen. Diejenigen, die wollen, können jetzt also endlich wieder direkt selber mutieren. Und ich bin zuversichtlich, dass inzwischen alle wissen, dass die SVP Schweiz die alte Datenbank Addressix per Ende 2022 durch die neue Datenbank Tocco ersetzt hat 😊.

Alik Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen

VI. Die Partei in Zahlen

Sektion	Bestand 31.01.2024	Bestand 31.01.2025	Veränderung
Corgémont	22	21	-1
Cortébert	16	16	0
Court	15	16	+1
Courtelary	2	2	0
La Chaux d'Abel	6	6	0
La Ferrière	4	5	+1
La Neuveville	17	17	0
Mont-Tramelan	1	1	0
Moutier	51	49	-3
Moutier Diverse	27	27	0
Nods	2	2	0
Orvin	21	21	0
Péry	7	7	0
Plateau de Diesse	6	7	+1
Reconvilier	25	26	+1
Renan	18	19	+1
Romont	4	4	0
Saint-Imier	26	28	+2
Sauge	13	13	0
Sonceboz-Sombeval	8	8	0
Sonvilier	7	7	0
Tavannes	19	19	0
Tramelan	24	26	+2
Valbirse	27	26	-1
Berner Jura	368	373	+5
Aarwangen	81	77	-4
Auswil	12	12	0
Bleienbach	79	76	-2
Busswil/Melchnau	70	66	-4
Eriswil	34	34	0
Gondiswil	21	25	+4
Herzogenbuchsee	88	84	-4
Huttwil/Wyssachen	152	157	+5

Langenthal/Obersteckholz	240	242	+2
Lotzwil	44	40	-4
Madiswil	95	95	0
Niederbipp	150	133	-17
Oberbipp	54	59	+5
Roggwil	92	90	-2
Rohrbach	33	34	+1
Schwarzhäusern	17	0	-17
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	53	51	-2
Thörigen	30	29	-1
Thunstetten	48	48	0
Walterswil	40	40	0
Wiedlisbach/Attiswil/Farnern/ Rumisberg	33	40	+7
Wangen a. Aare	45	44	-1
Einzelmitglieder	45	50	+5
Oberaargau	1556	1526	-30
Aefligen	26	28	+2
Affoltern i. E.	70	71	+1
Alchenstorf	41	40	-1
Bätterkinden	70	72	+2
Burgdorf	79	74	-5
Dürrenroth	46	42	-4
Eggiwil-Röthenbach	109	108	-1
Ersigen	92	86	-6
Hasle b. B.	58	59	+1
Heimiswil	75	74	+1
Hindelbank	43	0	-43
Kirchberg	70	71	+1
Koppigen	71	74	+3
Krauchthal	80	83	+3
Langnau i. E.	118	110	-8
Lauperswil	46	44	-2
Lützelflüh	71	74	+3
Lyssach	54	53	-1
Oberburg	140	133	-7

Rüderswil	35	34	-1
Rüdtligen-Alchenflüh	30	29	-1
Rüegsau	82	82	0
Schangnau	80	79	-1
Signau	56	55	-1
Sumiswald/Wasen	138	133	-5
Trachselwald	26	25	-1
Trub/Trubschachen	56	54	+2
Utzenstorf	89	83	-6
Wynigen	83	87	+4
Einzelmitglieder		43	+43
Emmental	2034	2000	-34
Aarberg	120	119	-1
Aegerten-Brügg	20	17	-3
Biel / Bienne	119	119	0
Büetigen	24	26	+2
Bühl	22	22	0
Büren a. Aare	76	78	+2
Dotzigen	46	46	0
Epsach	14	14	0
Grossaffoltern	57	63	+6
Grosses Moos	22	21	-1
Ins	125	125	0
Ipsach	22	22	0
Jens	14	13	-1
Jolimont	104	105	+1
Kallnach	43	48	+5
Kappelen	52	49	-3
Lengnau	58	61	+3
Lyss-Busswil	95	91	-4
Meinisberg	24	25	+1
Müntschemier	41	38	-3
Nidau	12	10	-2
Oberwil b. Büren	37	37	0
Orpund	46	44	-2
Pieterlen	41	41	0

Port	49	44	-5
Radelfingen	58	59	+1
Rapperswil	75	63	-12
Safnern	36	36	0
Schüpfen	104	97	-7
Schwadernau	13	14	+1
Seedorf	126	126	0
Studen	14	15	+1
Sutz-Lattrigen	12	13	+1
Täuffelen	47	57	+10
Treiten	30	30	0
Twann-Tüscherz-Alfermée	4	4	0
Walperswil	39	38	-1
Wengi	34	33	-1
Worben	44	43	-1
Einzelmitglieder	13	13	0
Seeland	1932	1919	-13
Bolligen	88	81	-7
Bremgarten b. Bern	21	27	-6
Ferenbalm	60	60	0
Fraubrunnen	103	103	0
Frauenkappelen	28	26	-2
Gurbrü	33	26	-7
Ittigen	37	41	+4
Jegenstorf-Münchringen	73	75	+2
Kirchlindach	63	65	+2
Kriechenwil	10	10	0
Laupen	31	35	+4
Mattstetten	22	21	-1
Meikirch	55	56	+1
Moosseedorf	55	51	-4
Mühleberg	71	74	+3
Münchenbuchsee	136	133	-3
Münchenwiler	6	6	0
Muri-Gümligen	73	73	0
Neuenegg	163	161	-2

Ostermundigen	55	60	+5
Stettlen	32	31	-1
Urtenen-Schönbühl	59	59	-1
Vechigen	149	153	+4
Wohlen b. Bern	96	97	+1
Worb	110	108	-2
Zollikofen	79	90	+11
Mittelland-Nord	1708	1721	+13
Bern Stadt	355	390	+35
Arni	22	22	0
Belp	129	119	-10
Biglen	55	54	-1
Bowil	32	32	0
Gerzensee	85	80	-5
Grosshöchstetten	39	37	-2
Guggisberg	34	36	+2
Kehrsatz	31	27	-4
Kiesen-Oppligen	64	63	-1
Kirchdorf	70	70	0
Köniz	160	184	+24
Konolfingen	107	99	-8
Landiswil	57	56	-1
Linden	54	56	+2
Münsingen	71	65	-6
Oberbalm	26	27	+1
Oberdiessbach	68	68	0
Oberthal	8	7	-1
Riggisberg	81	81	0
Rüeggisberg/Längenberg	78	67	-11
Rüschegg	23	22	-1
Schwarzenburg	85	92	+7
Thurnen	32	34	+2
Toffen	47	43	-4
Walkringen	42	33	-9
Wichtrach	68	67	-1

Zäziwil	59	65	+6
Mittelland-Süd	1627	1606	-21
Amsoldingen	29	29	0
Buchholterberg-Wachsedorn	97	105	+8
Burgistein	25	24	-1
Heimberg	58	59	+1
Hilterfingen	25	32	+7
Linkes Zulgebiet - Umgebung	57	50	-7
Oberhofen	32	37	+5
Ochseweid	76	78	+2
Reutigen	55	54	-1
Schwarzenegg-Fahrni	132	127	-5
Seftigen	42	43	+1
Sigriswil	111	128	+17
Steffisburg	108	109	+1
Stockhorn	34	35	+1
Thierachern	40	44	+4
Thun	171	167	-4
Uebeschi	25	23	-2
Uetendorf	133	125	-8
Uttigen	33	32	-1
Einzelmitglieder	25	0	-25
Thun	1308	1301	-7
Adelboden	31	31	0
Aeschi b. Spiez	74	76	+2
Beatenberg	37	37	0
Boltigen	23	24	+1
Brienz	57	52	-5
Därstetten/Weissenburg	64	61	-3
Diemtigen	44	42	-2
Erlenbach	20	20	0
Frutigen	152	144	-8
Grindelwald	101	102	+1
Gsteig	20	21	+1
Habkern	26	27	+1

Interlaken	45	49	+4
Kandersteg	21	22	+1
Lauterbrunnen	19	18	-1
Lenk	49	48	-1
Matten	43	46	+3
Oberhasli	101	101	0
Oberwil i. S.	30	28	-2
Reichenbach	72	72	0
Ringgenberg/Goldswil	40	38	-2
Saanen	185	171	-14
Spiez	109	105	-4
St. Stephan	83	81	-2
Unterseen	49	50	+1
Wilderswil	40	45	+5
Wimmis	121	118	-3
Zweisimmen	56	54	-2
Einzelmitglieder	1	1	0
Oberland	1713	1684	-29
Direktmitglieder Kanton	83	104	+21
Total Kanton Bern	12684	12624	-60